

en	SIN	PC				e/a
Datum	26					
Visa		WA				15/1
EDA						
Ref.						

1-7 JUN 1991

p. B. 73. R. O.

HINTERGRÜNDE DER UNRUHEN IN
ZENTRALASIEN UND KASACHSTAN

=====

STAGEARBEIT VON

W. THURNHERR

während seines Stage im Frühjahr 1991 am

Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales

in Genf





Inhalt

I.	ZIEL UND ZWECK	1
II.	EINFÜHRUNG	4
III.	WIRTSCHAFT UND UMWELT	8
	III. 1. Produktionsfaktoren	8
	III. 2. Bevölkerungsexplosion, Arbeitslosigkeit, Wohnungsmangel	9
	III. 3. Wirtschaftliches Verhältnis zu Moskau, Joint ventures	11
	III. 3.1 Gestörtes Verhältnis zu Moskau	11
	III. 3.2 Joint ventures	12
	III. 4. Umwelt	14
IV.	POLITISCHE SITUATION SEIT 1986	18
	IV. 1. Antikorruption und internationaler Kaderaustausch	18
	IV. 2. Stellung der KP, Opposition	20
V.	UNRUHEN	29
	V. 1. Voraussetzungen	29
	V. 2. Zusammenstöße	33
	V. 3. Nationalismus und Islam	35

I. ZIEL UND ZWECK

Die vorliegende Arbeit ist die während meines Aufenthalts in Moskau vorbereitete und begonnene Stagearbeit. Nach der Lektüre des vorhandenen Materials, den für die Arbeit notwendigen Interviews und anderen Vorarbeiten in Moskau blieb für die Redaktion vor Abschluss des Stage leider keine Zeit mehr. Ich möchte deshalb Herrn Botschafter F. Pianca und Herrn P. von Graffenried meinen Dank dafür aussprechen, dass sie mir die Möglichkeit gegeben haben, die angefangene Arbeit erst in Genf fertigzustellen.

In den 40 nachfolgenden Seiten geht es um die Verhältnisse in den fünf sowjetischen Republiken Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenistan. Rund 50 Millionen Menschen leben in dieser Region, und jedes Jahr werden es etwa 2 Millionen mehr. Ca. 40 Millionen davon gehören zu traditionell muslimischen Völkern. Allein daraus erkennt man die aussergewöhnliche Stellung der fünf Republiken innerhalb der Union. Dazu kommen weitere, für diese Gebiete spezifische Eigenheiten hinzu, die schliesslich zu folgenden Feststellungen und Schlussfolgerungen geführt haben (allenfalls mit zusammenfassenden Bemerkungen):

1. Die sozialen und wirtschaftlichen Zustände sind katastrophal:

Die bisherigen wirtschaftlichen Beziehungen der Republiken zur Union waren (und sind es zum grossen Teil noch heute) einseitig und unausgeglichen. Rohstoffe werden zu von Moskau festgesetzten Preisen an die Union verkauft, Endprodukte zu übersetzten Preisen importiert. Obwohl direkte Beziehungen zum Ausland gesucht werden, ist es bisher zu keiner nennenswerten Besserung gekommen. Es fehlt nicht nur an kleinen und mittleren Betrieben, sondern vor allem an Fachpersonal, Infrastruktur und Räumlichkeiten. Ein grosser Teil der Jugendlichen Zentralasiens ist arbeitslos, es fehlt an Schulen, Spitälern und Wohnungen, die Kindersterblichkeit ist aussergewöhnlich hoch und das Lebensmittelangebot ist in vielen Produktbereichen mindestens so spärlich wie in Moskau und Leningrad.

2. Die Umwelt ist und wird in erschreckendem Ausmass zerstört:

Der Aralsee wird nach Meinung von Experten im Jahre 2010 nicht mehr existieren, da falsch konzipierte Bewässerungsanlagen den Wasserzufluss zum See zu stark gestört haben. Das hat nicht nur zu Konsequenzen für die von der Fischerei lebende Bevölkerung um den See und zur Versalzung der im Süden liegenden Baumwollplantagen geführt, sondern auch das regionale Klima, die Länge der Trockenzeiten sowie die Niederschlagsmengen beeinflusst.

Die Insektizid- und Pestizidmenge, die zur Bewirtschaftung der Baumwollkulturen eingesetzt wird, übersteigt bei weitem das Zumutbare für Boden und Bevölkerung. Das Grundwasser ist derart verseucht, dass toxische Mengen dieser Stoffe bereits in der Muttermilch an das Kind weitergegeben werden. Kinderkrankheiten und Kindersterblichkeit sind dementsprechend hoch.

Die Spätwirkung der überirdischen Atombombenversuche in Semipalatinsk und die Entdeckung offener, radioaktiver Endlager in Usbekistan und an anderen Orten zeigen ungefähr das Ausmass der radioaktiven Belastung, der die Bevölkerung ausgesetzt wird. Der überwiegende Teil des verseuchten Testgeländes wird heute noch landwirtschaftlich genutzt, da die lokale Bevölkerung nie über die Gefährlichkeit radioaktiver Strahlung informiert wurde und gar keine Möglichkeiten hat, ihre Schafe anderswo weiden zu lassen.

Abgesehen davon kommt es regelmässig zu umweltbelastenden Unfällen in Anlagen und Fabriken, da zu wenig ausgebildetes Personal, zu wenig Umweltvorschriften, zu wenig Kontrolle in diesem Bereich und eine zu veraltete Infrastruktur vorhanden sind.

3. Die politische Macht liegt in allen Republiken Zentralasiens in den Händen der KP, doch nimmt die Anzahl und der Einfluss der informellen oder zugelassenen "Oppositionsparteien" ständig zu.
4. Die Gründe der Unruhen, die in den letzten 5 Jahren mehr als tausend Tote und Verletzte gefordert haben, liegen hauptsächlich in der sozialen Unzufriedenheit der zentralasiatischen Bevölkerung.

5. Ethnische Konflikte wie die zwischen Kirgisen und Usbeken, Tadschiken und Usbeken sowie Kasachen und Russen werden in ihrer Härte und Anzahl zunehmen, wenn die Probleme Arbeitslosigkeit, Wohnungsmangel, Umweltzerstörung, Ernährungsengpässe etc. nicht entschärft oder gelöst werden können.
6. Die Unabhängigkeitsbestrebungen sind im Vergleich zu anderen Randrepubliken relativ moderat. Jede der fünf Republiken ausser Kirgisien hat sich für souverän erklärt. Die wirtschaftliche Abhängigkeit von der Union und der Einfluss der kommunistischen Partei sind aber noch zu gross, als dass in nächster Zukunft mit Entwicklungen zu rechnen wäre, die mit jenen im Baltikum verglichen werden könnten.
7. Das "politische Gewicht des Islam" ist (heute noch) gering. Zu stark fühlt sich der einzelne einer Nationalität angehörig und zu lange wurde die Glaubensfreiheit in Zentralasien massgebend eingeschränkt. Obwohl zur Zeit eine Wiederbelebung des Islams stattfindet, wird es in nächster Zukunft kaum zu fundamentalistisch-islamischen Strömungen kommen, die Zentralasien in einen "sowjetisch-islamischen Block" verwandeln würden.
8. Wenn diese Arbeit rund 40 Seiten umfasst, dann deshalb, weil sie sich nicht auf drei Seiten zusammenfassen lässt. Doch genügt auch die Lektüre der trotz allem relativ oberflächlichen Arbeit kaum, den Umfang der Verhältnisse und Probleme in Zentralasien verstehen zu können. Angesichts des Konfliktpotentials in verschiedenen Regionen der UdSSR ist es deshalb wichtig, das Geschehen zum Beispiel in Zentralasien mit Aufmerksamkeit weiterzuverfolgen, um nicht gezwungen zu sein, erst im Nachhinein mit Analysen auf ausgebrochene Krisen re-agieren zu müssen.

II. EINFÜHRUNG

Am Montag, 16. Dezember 1986, akzeptierte das Zentralkomitee der kommunistischen Partei der Republik Kasachstan den Rücktritt des seit 1964 amtierenden ersten Parteisekretärs D. Konajev und bestimmte den Russen G. Kol'bin zu seinem Nachfolger. Die ganze Sitzung dauerte 18 Minuten; beide Beschlüsse wurden einstimmig gefasst. (1)

Wahrscheinlich völlig überraschend für die meisten der ZK-Mitglieder demonstrierte noch gleichentags eine gewaltige Menge von Kasachen in der Hauptstadt Alma Ata gegen die Einsetzung eines "Nicht Kasachen" als ersten Parteisekretär. Die Teilnehmer marschierten durch die Stadt bis zur Universität, wo sie Barrikaden errichteten, um sich dahinter zu verschanzen. Die Polizei, die bis dahin nicht eingegriffen hatte, wurde durch nach Alma Ata gefahrene Militärkadetten verstärkt. Eine versammelte Menge von Studenten im Zentrum wurde daraufhin aufgelöst, wobei es zu kleineren Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Kadetten kam. In der Nacht zum 18. Dezember wuchs die Zahl der Demonstrierenden auf über 10'000 an. Sie zogen zum Hauptquartier der KP, brachen an drei Stellen in das Gebäude ein und demolierten einige Büros. Angeblich sollten einzelne auch in zwei Gefängnisse eingebrochen sein und Häftlinge befreit haben. Die Demonstranten trugen Transparente mit den Parolen "Autonomie und Sitz Kasachstans in der UNO", "Amerika ist auf unserer Seite, die Russen gegen uns", "Kol'bin, geh zurück nach Russland" oder gar "Wir wollen zu China".

In der Zwischenzeit wurden Truppen von 70'000 Mann nach Alma Ata verlegt; insbesondere Fallschirmjäger-Einheiten, die von Stellungen an der afghanischen Grenze eingeflogen wurden, um mitzuhelfen, die Demonstration mit Gewalt aufzulösen. Ueber den genauen Ablauf, wie die Unruhen von den Truppen niedergeschlagen wurden, gehen die Augenzeugenberichte auseinander, in einem Punkt waren sich aber alle Zeugen einig: Die Sicherheitskräfte gingen mit äusserster Brutalität gegen die unbewaffnete Menge vor und eröffneten unvermittelt und ohne Warnung das Feuer auf die Demonstranten. Panik brach aus, einzelne wurden niedergetrampelt, andere erschossen. Offizielle Bilanz: 2 Tote und ca. 200 Verletzte. *

* Diese Zahlen wurden allerdings erst ein Jahr später vom neugewählten ersten Parteisekretär Nazarbaev (N.) veröffentlicht. Gleichzeitig führte N. aus, die Demonstranten hätten zu Recht auf die schlechte ökonomische und ökologische Situation hingewiesen.

Am 18.12.1986 erfuhr die westliche Welt durch eine Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur "TASS" von dieser ersten grossen Demonstration seit Beginn der Perestrojka. Wortwörtlich hiess es, dass "... eine Gruppe von Studenten, aufgestachelt durch nationalistische Elemente, gestern abend und heute auf die Strassen von Alma Ata gegangen ist, um ihre Missbilligung gegenüber den Entschlüssen des gerade abgehaltenen Plenums des Zentralkomitees des KP Kasachstans zu bekunden. Halbstarke, Parasiten und andere asoziale Elemente haben diese Situation ausgenutzt und rechtswidrige Handlungen gegen Vertreter von Gesetz und Ordnung begangen. Sie haben ein Lebensmittelgeschäft und Pkw's in Brand gesetzt und Bürger der Stadt angegriffen." Die Meldung fährt fort, dass im Gegenzug Versammlungen in Fabriken, Lehranstalten und anderen öffentlichen Gebäuden zustande kamen, auf denen die Plenarbeschlüsse begrüsst wurden, und schliesst mit dem Hinweis, dass inzwischen Ruhe und Ordnung in der Stadt wiederhergestellt seien. *

Die TASS-Meldung ging als eine Sensation durch die westlichen Medien. Mehr noch als das gemeldete Faktum erlangte dessen unverzügliche Bekanntmachung Aufsehen. Sie wurde als ein herausragender Fall von "Glasnost" behandelt, und ein Sprecher des sowjetischen Aussenministeriums stellte einen Tag später an einer Pressekonferenz auch ausdrücklich klar, dass es sich um eine "Glasnost-Demonstration" gehandelt hatte.

Doch spätestens seit Bekanntwerden des tatsächlichen Verlaufs der Unruhen verfolgen die westlichen Medien das Geschehen in Kasachstan und in den anderen Republiken dieser Region mit wesentlich mehr Aufmerksamkeit. Die Ausschreitungen im usbekischen Ferganatal im Juni 89, die Zusammenstösse von Kirgisen und Usbeken mit Mes'cheten kurze Zeit später sowie die blutigen Auseinandersetzungen in Duschanbe und Osch im Februar und Juni letzten Jahres gaben dann auch genügend Anlass, um über das Schicksal der Bewohner dieser fünf Republiken Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenistan zu berichten. Meistens gingen die Kommentare aber nicht über eine kurze Beschreibung der lokalen Verhältnisse hinaus.

* Muktar Šakanov, der im Auftrag des Obersten Sowjet Kasachstans den Ursachen für die 86-Unruhen nachging, stellte 1990 fest: "... Keiner der 2401 arrestierten Demonstranten war in irgend einer Weise "halbstark", "parasitär" oder "asozial", es stand auch niemand unter Alkohol oder Drogen, wie es die Führung der KP im Dezember 86 behauptete" (2)

Ziel dieser Arbeit ist es deshalb, eine Zusammenfassung der politischen und wirtschaftlichen Hintergründe zu geben, die es erlauben sollen, die Entwicklung der letzten Jahre in Zentralasien besser zu verstehen. Dazu gehört auch eine Umschreibung des Einflusses der islamischen Bewegungen auf den Nationalismus in dieser Region. Dass es sich dabei nur um eine grobe Annäherung einer Erklärung der komplexen Vorgänge handeln kann, versteht sich von selbst.

Wie bei allen Minderheiten- und Nationalitätenproblemen gibt es auch in den angesprochenen fünf Republiken gemeinsame und verschiedene Aspekte. Ganz allgemein hängt das Verhältnis einer numerischen Minderheit - ausgestattet mit einer sozialen Struktur, Religion, Rasse, Sprache und Kultur - zur Mehrheit ab:

- von der historischen Entwicklung
- von der demographischen Situation
- von der ökonomischen und ökologischen Lage, auch im Vergleich zur Mehrheit
- von der Art und der Radikalität der Unterschiede zwischen Mehrheit und Minderheit
- vom Willen und der Möglichkeit der Minderheit, sich an die Verhältnisse der Mehrheit anzupassen und auf die für die Minderheit spezifischen Eigenschaften zu verzichten, oder das Gegenteil:
- vom Willen und der Möglichkeit der Minderheit, spezifische Eigenheiten zu pflegen und zu erhalten
- vom Willen und der Möglichkeit der Mehrheit, die Minderheit zu akzeptieren, zu schützen und zu fördern
- vom Verhalten der Minderheit gegenüber eigenen Minderheiten.

Die Gründe für die Unruhen, die sich in den letzten fünf Jahren in Zentralasien in zunehmendem Mass ereignet haben, bestehen meist aus einer komplizierten, spezifischen Mischung dieser Einflussgrössen. Allenfalls spielen Sippenzwistigkeiten, die bereits Jahrzehnte zurückliegen, Reibereien um Wasserbezugs- oder Weiderechte innerhalb eines Dorfes oder klimatische Ursachen wie eine lang anhaltende Dürre oder ein Erdbeben eine viel wichtigere Rolle als die eben aufgeführten Einflussgrössen.

Das Gemeinsame aller Unruhen ist einzig und allein der Hintergrund der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Verhältnisse, die im Umfeld der "Nach-Brešnev-Aera" zu politischen Aktivitäten geführt haben. Deshalb kann es auch keine allgemein gültige Formel für die Gründe, und noch weniger eine für die Lösung von Minderheitenkonflikten geben. Trotzdem liegt es auf der Hand,

dass mit der Verbesserung der sozialen und ökologischen Zustände sowie der Einführung von mehr politischen Rechten die Wahrscheinlichkeit eines mit Gewalt ausgetragenen Konflikts sinkt. Im folgenden soll deshalb zuerst das wirtschaftliche und politische Umfeld Zentralasiens umschrieben werden.

III. WIRTSCHAFT UND UMWELT

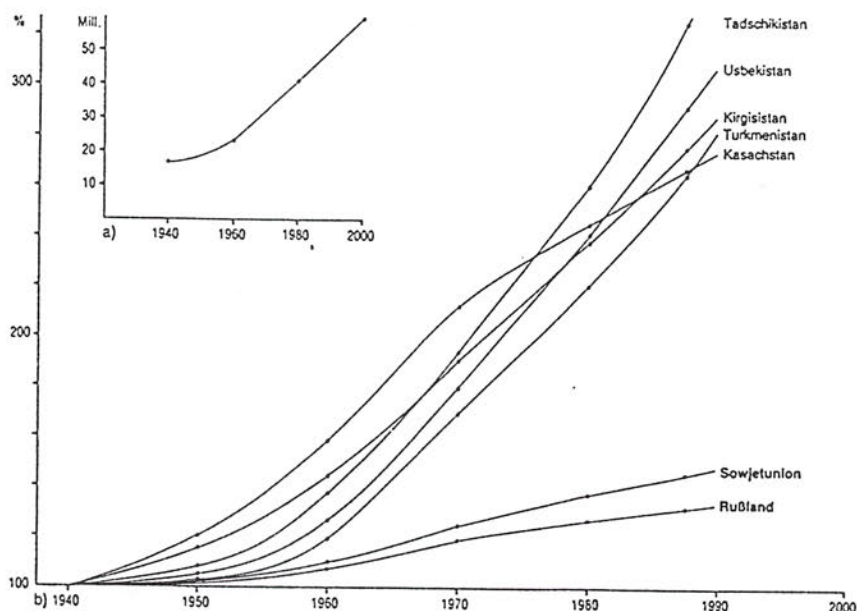
III. 1. Produktionsfaktoren

Zentralasien ist reich an Bodenschätzen wie Erdöl, Erdgas, Gold, Silber, Mangan, Chrom, Vanadium, Zinn, Blei, Zink, Kohle, Uran, Radium u.a.m. (3). In den Tälern entlang den Flüssen, vor allem des Amu Darja und Syr Darja, bestehen optimale Bedingungen für den Anbau von Baumwolle und Seide sowie für die Land- und Obstwirtschaft. Für Seide und Baumwolle allein wird eine Fläche von 8-10 Mio ha künstlich bewässert, was rund 80% der überhaupt landwirtschaftlich nutzbaren Fläche in ganz Zentralasien entspricht (4). In einzelnen Republiken ist dieses Verhältnis sogar noch krasser. In Tadschikistan beispielsweise werden von den 17% der gesamten Fläche der Republik, die sich für die landwirtschaftliche Nutzung eignet, 90% für den Anbau von Baumwolle verwendet (5). Usbekistan, der grösste Baumwoll-Lieferant der Sowjetunion, produzierte bis vor wenigen Jahren praktisch nur Baumwolle, und in Turkmenistan wurden gewaltige Bewässerungsanlagen gebaut, um noch mehr Baumwoll-Monokulturen anzulegen. Die Seide und Baumwolle wird aber nicht in den Republiken Zentralasiens weiterverarbeitet, sondern zu von der Union festgelegten Preisen an die Union exportiert. Ähnlich ist es mit dem Gas, von dem allein Turkmenistan rund 12% der Unionsproduktion bereitstellt (6) (nur etwa 8% der turkmenischen Bevölkerung wird mit Gas versorgt); und auch Erdöl, Gold, Mangan und Chrom wird erst in zum Teil weit entfernten Teilen der Sowjetunion verarbeitet. Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass die ständigen Vertreter des Ministerrats aller fünf Republiken im Ministerrat der Union in dieser Hinsicht mehr von wirtschaftlicher Ausbeutung als von wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Union und ihren Republiken sprechen, umso mehr als die von Moskau festgesetzten Rohstoffpreise sehr viel tiefer als die Weltmarktpreise sind, während die aus den Rohstoffen fabrizierten Konsumgüter dann zu übersetzten Preisen von der Union zurück in die Republik importiert werden müssen. Dementsprechend tief ist das Pro Kopf-Bruttosozialprodukt in Zentralasien. Es liegt mit ungefähr 900 US\$ deutlich tiefer als der Unionsdurchschnitt (5'000 US\$; im Vergleich: Bruttosozialprodukt pro Kopf in der Schweiz liegt bei ungefähr 27'500 US\$) (7). 90% aller Konsumgüter werden importiert (8). Eine Industrie im Bereich Textilien, Mechanik oder von Gütern, die im Alltag notwendig und nützlich wären, existiert praktisch nicht. Hingegen spielen die Aluminiumfabriken in Kirgisien

und die chemische Industrie in Kasachstan durch ihre starke Umweltbelastung eine vielleicht weniger wirtschaftliche aber politisch umso bedeutendere Rolle.

III. 2. Bevölkerungsexplosion, Arbeitslosigkeit, Mangel an Wohnungen

In Zentralasien leben momentan ungefähr 48-50 Mio Menschen verschiedenster Völker. Aus der Beilage I geht hervor, dass die zentralasiatische Bevölkerung in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt um ca. 35,5% angewachsen ist (entsprechendes Wachstum in der RSFSR: 5,6%).



Zahlenmäßige Entwicklung der Bevölkerung Mittelasiens: a) absolut, b) relativ (1940 $\hat{=}$ 100%) im Vergleich mit Rußland und der Sowjetunion

Nebensiehende Skizze veranschaulicht diese Entwicklung graphisch. Wächst die Bevölkerung im selben Tempo weiter, so werden im Jahre 2000 bereits 61 Mio und im 2010 75 Mio Menschen in Zentralasien leben.

Diese Bevölkerungsexplosion schafft oder verschärft verschiedene grosse Probleme wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsmangel, schlechte medizinische Versorgung usw. Alle fünf Republiken haben eine Arbeitslosigkeit von 10-20%. In Tadschikistan sind gemäss Aussagen des ständigen Vertreters des tadschikischen Ministerrates im Ministerrat der Union, S.K. Nasretdinov, 25% der unter 25-jährigen ohne Arbeit. Aehnliche Angaben gelten auch für Usbekistan, Kasachstan und Turkmenistan. In Kirgisien gibt es nach offiziellen Angaben zwar "nur" etwa 100-200'000 Arbeitslose (auf eine Bevölkerung von 4,4 Mio) (9), doch spricht die Mehrheit der kirgisischen Oppositionsbewegungen von wesentlich grösseren Zahlen. Die zwei schwerwiegenden Ursachen für diese vor allem auch politisch gefährliche Situation - der Bevölkerungszuwachs und die einseitig auf Export von Rohstoffen ausgerichtete Wirtschaft - haben auch zur Folge, dass die Wohnverhältnisse, die Situation in den Spitälern und die Zustände im

Schulwesen unzumutbar geworden sind. Die unweit von Taschkent gelegene Stadt Yangül mit 58'000 Einwohnern gibt dazu ein typisches Beispiel her (10). Die meisten Familien, die in einer ihnen vom Staat zugewiesenen Wohnung leben, zählen mehr als acht Personen. In mehr als 50% aller Wohnungen leben aber zwei oder gar drei Familien. 30% der Stadtbevölkerung lebt in Holzbaracken am Rand der Stadt. In der Zwischenzeit wird auch von der Seite der Partei immer mehr auf die dadurch entstehende soziale Unzufriedenheit hingewiesen, doch unternommen hat sie bis anhin nur wenig. 1988 versprachen die Stadtbehörden von Yangül den Bau von 3'500 Wohnungen auf 300'000 m² dafür freigestelltem Land. 1989 wurde die Fläche auf 6'000 m², 1990 auf 2'902 m² (!) reduziert, da das versprochene Land im Anbaugebiet für Baumwolle liegt. Bis heute ist noch keine der 3'500 Wohnungen gebaut worden.

Obwohl die Situation in anderen Städten vergleichbar ist, werden oft erst nach Unruhen und Ausschreitungen Anstalten zur Verbesserung der Lage im Wohnungsbau gemacht. Nach den in der Einführung beschriebenen Unruhen in Alma Ata, 17./18.12.86, setzte G. Kol'bin ein Sonderkomitee für Wohnungsbau ein, das den Journalisten, die Ende 1987 erstmals wieder in die Stadt reisen durften, mit Stolz die neuen Wohnungen präsentierte (11). Im Februar 1990 ereigneten sich in Duschanbe ähnliche Unruhen mit mehreren hundert Toten (siehe Kapitel V). Schon zwei Tage nach Niederschlagung der Demonstration stellte der ZK Sekretär Sodin Šabdolov an einer Pressekonferenz ein Sofortprogramm für den Bau zusätzlicher Wohnungen vor, dem 20 Mio Rubel zur Verfügung gestellt wurden, und nachdem in der kirgisischen Hauptstadt Frunse Mitte Juni letzten Jahres zahlreiche Demonstrationen gegen Arbeitslosigkeit und Wohnungsmangel stattfanden, gaben die Behörden einen Platz zum Bau von Häusern frei.

Trotzdem hat sich die Lage nach Meinung vieler Beobachter seit Beginn der Perestrojka nicht gebessert, und obwohl auch Kooperativen zum Bau von Wohnungen gegründet worden sind, steht fest, dass das Ziel, bis 1993 die Hälfte aller auf Wartelisten verzeichneten Personen (Stand 1990) unterzubringen, nicht erreicht werden kann. Gemäss einer Umfrage der Zeitung "Pravda vostoka" sehen 72% der zentralasiatischen Bevölkerung darin eine der Hauptursachen für die soziale Unzufriedenheit und die politisch explosive Lage in der Region (12).

Natürlich seien auch die Platzverhältnisse in Schulen und Spitälern ein Problem, mehr noch als im Rest der Sowjetunion *, gab R.R. Alimov ** dem Autor gegenüber zu verstehen, und das führe indirekt auch zu schlechter Schulausbildung (vgl. Beilage 2), zu billigen Arbeitskräften oder zu Arbeitslosen. Der Durchschnittslohn eines Usbeken beträgt nach Angaben des Staatskomitees für Statistik rund 180 Rubel (vgl. Beilage 3), was mit Sicherheit nicht der Wahrheit entspricht. Selbst gemäss einer Umfrage der im selben Zusammenhang schon oben genannten offiziellen Parteizeitung "Pravda vostoka" verdienen 37% der usbekischen Bevölkerung weniger als 75 Rubel, also unter der offiziellen Armutsgrenze. Von diesen rund 7,5 Mio Usbeken sollen drei Mio gar ein Einkommen unter 50 Rubel haben (13).

III. 3. Wirtschaftliches Verhältnis zur Union, Joint ventures

III. 3.1 Gestörtes Verhältnis zu Moskau

Wie bereits in III. 1. angetönt, fühlen sich alle zentralasiatischen Republiken wirtschaftlich ausgenutzt. Am 20.12.1989 beschwerte sich der damalige Vorsteher des Obersten Sowjets Usbekistans, M.I. Ibrahimov, vor dem Volksdeputiertenkongress in Moskau, Usbekistan sei gezwungen, selbst Baumwollgarn zu importieren (14). Obwohl in der Republik fast ausschliesslich Baumwolle angebaut werde, gäbe es keine einzige Fabrik, die die Baumwolle zu Garn weiterverarbeiten könnte. Noch deutlicher wurde ein Abgeordneter Turkmenistans, der den Zuhörern vorrechnete, dass trotz der angeblich grosszügigen finanziellen Unterstützung der Union gegenüber der Republik, Moskau in seiner Handelsbilanz mit Turkmenistan immer noch deutlich positiv abschneide. Denn von den 540 Mio Rubel, die 1989 nach Moskau flossen, wurden nur gerade 1/2 Mio Rubel in der Republik investiert. Das bedeutet, dass auch nach Abzug der staatlichen Unterstützung von 344,5 Mio Rubel der Zentrale immer noch 192,5 Mio Rubel bleiben (15).

Der erste Parteisekretär Kasachstans, N. Nazarbaev, stellte in einem Interview mit der Zeitschrift Ogonëk fest, dass weniger als 10% der Gewinne, die die

* Vgl. Beilage 6 "Von Černobyl, Spitälern, Glasnost' und Perestrojka"

** R.R. Alimov ist der ständige Vertreter des Ministerrates Usbekistans im Ministerrat der Union

Union aus dem Export ihrer Rohstoffe herausholt, wieder in die Wirtschaft der Republik investiert werden (16).

Es ist deshalb kaum erstaunlich, dass alle zentralasiatischen Republiken, die sich 1990 für souverän erklärten (Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan, Turkmenistan, vergleiche Seite 26), in ihren entsprechenden Erklärungen betont haben, dass es sich bei der beabsichtigten Souveränität vor allem um die Hoheit über die eigenen Rohstoffe handle. Der Oberste Sowjet Kirgisiens, der sich nicht zur Souveränität entschliessen konnte, legte während des letzten Parteitages im Dezember 1990 Wert auf die Feststellung, dass auch er eine Aenderung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Moskau als dringend notwendig erachte (17). Da die Lebensmittelversorgung in allen fünf Republiken nur in kleinen Bereichen besser ist als im Rest der Sowjetunion *, haben einige Republiken auch schon Ausfuhrbeschränkungen erlassen, um die Situation nicht noch zu verschärfen.

Auch im Bereich Tourismus soll sich in nächster Zukunft einiges ändern. Ein beträchtlicher Teil der Deviseneinkommen der von Moskau aus beherrschten offiziellen Reiseagentur "Intourist" stammt aus Reisen nach Samarkand, Buchara, Chiwa und anderen Touristenzielen Zentralasiens. Dieses Geld fliesst fast ausschliesslich nach Moskau zurück und nicht in die betroffenen Republiken.

III. 3.2 Joint ventures

Ein Schritt zu mehr wirtschaftlicher Unabhängigkeit bedeuten die zahlreichen Joint venture-Abkommen, die u.a. 1990 direkt mit ausländischen Delegationen abgeschlossen wurden. Dabei geht es vor allem um Seide, Baumwolle und Tourismus. In Usbekistan baute eine pakistanische Firma im Tausch für Baumwoll-Lieferungen eine Weiterverarbeitungsanlage zur Herstellung von Textilien (19). Die Angestellten sind direkt am Gewinn beteiligt und erhalten zusätzlich Lebensmittel und Luxusgüter (Schuhe, Parfums, Kleider). Einer spanischen Initiative folgte der Bau einer Fabrik in der Nähe von Taschkent, die auf die Herstellung medizinischer Instrumente spezialisiert ist, und Belgien steht in

* besonders gering ist zum Beispiel der Fleischkonsum mit 4-6 kg/Kopf und Jahr (18)

Verhandlung mit usbekischen Behörden, die zum Bau von Gasraffinerien und Kleiderfabriken führen soll (20). Auch China, Südkorea, Indonesien und Indien haben letztes Jahr mehr als eine Delegation nach Usbekistan gesandt, um die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen zu verbessern. Gemäss einer Meldung der Nachrichtenagentur "TASS" wurde im März 1990 anlässlich des Besuchs einer indischen Delegation in Taschkent sogar vereinbart, ein gemeinsames Handelszentrum "zum Ausbau der indisch-usbekischen Zusammenarbeit" zu bauen (21). Doch obwohl heute mehr als 90 usbekische Unternehmen berechtigt sind, mit ausländischen Delegationen direkte Abkommen abzuschliessen, sind von den 50 ausgehandelten Joint ventures erst 15 realisiert worden (22).

Aehnlich sieht es auch in den anderen Republiken aus. Kirgisien hat mit Italien, der Türkei, Griechenland, China und Israel Joint venture-Abmachungen getroffen. Sehr wenig ist davon verwirklicht worden. Immerhin hat nach Aussage des ständigen Vertreters des kirgisischen Ministerrates in Moskau, O.K. Atabaev, die kirgisische Wirtschaft von der durch die Vereinigten Staaten organisierten Managerausbildung profitieren können. Im Mai 90 wurde in Tadschikistan "eine Vereinigung für die wirtschaftliche Zusammenarbeit" gegründet (23). Die Initianten bestehen aus Vertretern der Industrie, Behörden und Wissenschaft. Ihr Ziel ist die Förderung von Abkommen mit dem Ausland sowie Hilfe bei der Realisierung von gemeinsamen Projekten *. Trotzdem bleibt der Handel mit dem Ausland auf einige amerikanisch-tadschikische Naturseide- und Tourismus-Abmachungen beschränkt. Der Grund für die Zurückhaltung ausländischer Investoren ist nicht nur in der gespannten politischen Situation und in den unklar geregelten Kompetenzabgrenzungen zwischen Moskau und den Republiken zu suchen, sondern auch auf die Unmenge praktischer Probleme zurückzuführen, die mit der Realisierung eines Projektes verbunden sind. Dazu kommt die Unsicherheit der Legalität direkter Abkommen, denn gemäss des am 24.10.1990 gefassten Beschlusses des Obersten Sowjets der Union müssen bis zur Unterzeichnung eines neuen Unionsvertrages alle Joint venture-Abkommen von der Union, das heisst vom Aussenhandelsministerium in Moskau bewilligt werden. Bei vielen der erwähnten Abkommen wurde Moskau umgangen, um direkt mit den Behörden der zentralasiatischen Republiken verhandeln zu können.

* In Usbekistan wurde in der Zwischenzeit (Okt. 90) ein mit ähnlichen Aufgaben betreutes "Staatskomitee für Aussenhandel und Uebersee-Beziehungen" gegründet (24). In Kasachstan gibt es bereits seit 1988 die Handelsorganisation "Kasachintrog", die sich den Handelsausbau mit den benachbarten Republiken mit China, Japan und Südkorea zum Ziel gesetzt hat (25).

Bemerkenswert ist die Aktivität Chinas, das praktisch zu allen zentralasiatischen Republiken neue wirtschaftliche Beziehungen sucht (26). Dazu gehört auch die Absicht, die seit 1950 unterbrochene Turksib-Eisenbahnlinie von Kasachstan in die chinesische Provinz Xinjiang wiederzueröffnen.

III. 4. Umwelt

Dieser Bereich in der Betrachtung der Verhältnisse in Zentralasien wird noch wichtiger, wenn man in Betracht zieht, dass rund 40% aller Oppositionsbewegungen in der Region vor allem gegen die Umweltzerstörung kämpfen (27). Das hat verschiedene Ursachen.

1. Seit der Fertigstellung des Kara-Kum Kanals, einem Bewässerungskanal für Baumwollplantagen in Turkmenistan, der durch den Amu Darja gespiesen wird, ist der Wasserspiegel des Aralsees ständig gesunken und liegt jetzt ungefähr 13 m unter dem Niveau von 1950. Der Wasserzufluss in den See beträgt noch 3 km³/Jahr (1950: 60 km³), sodass der See nach Meinung von UNEP-Wissenschaftlern im Jahre 2010 ausgetrocknet sein wird. Der jetzt schon freigelegte, stark salzhaltige Seeboden bringt gerade für jene Gebiete, die mit dem Kara-Kum Kanal bewässert werden sollten, grosse Probleme, denn die Nordwinde bringen das Salz in die Baumwollanbaugebiete. 44% der Anbaugebiete sind versalzen, und die Ernteerträge sind seit einigen Jahren deutlich im Rückgang begriffen *. Schwerwiegender noch wirkt sich das langsame Zurückgehen des Sees aber auf das regionale Klima aus, das zu den Extremsten der UdSSR gezählt werden kann. Trockenperioden halten bereits jetzt messbar länger an. Seit Februar letzten Jahres untersuchen auf Initiative der UNEP Spezialisten die ökologischen Probleme rund um den Aralsee. Doch schon heute ist es den kasachischen Fischern, die seit Generationen von der Fischerei im Aralsee gelebt haben, praktisch unmöglich, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Mehr als 40% sei der Fischbestand durch die Versalzung des Restsees in den letzten zehn Jahren zurückgegangen, meinen Meeresbiologen der UNEP (28).

* Zwischen 1985 und 1987 fiel der Ernte-Ertrag pro Hektare Baumwollfeld in Usbekistan von 27 Zentnern auf 23,3 Zentner (27 sowjetische Zentner entsprechen ca. 2696,5 kg)

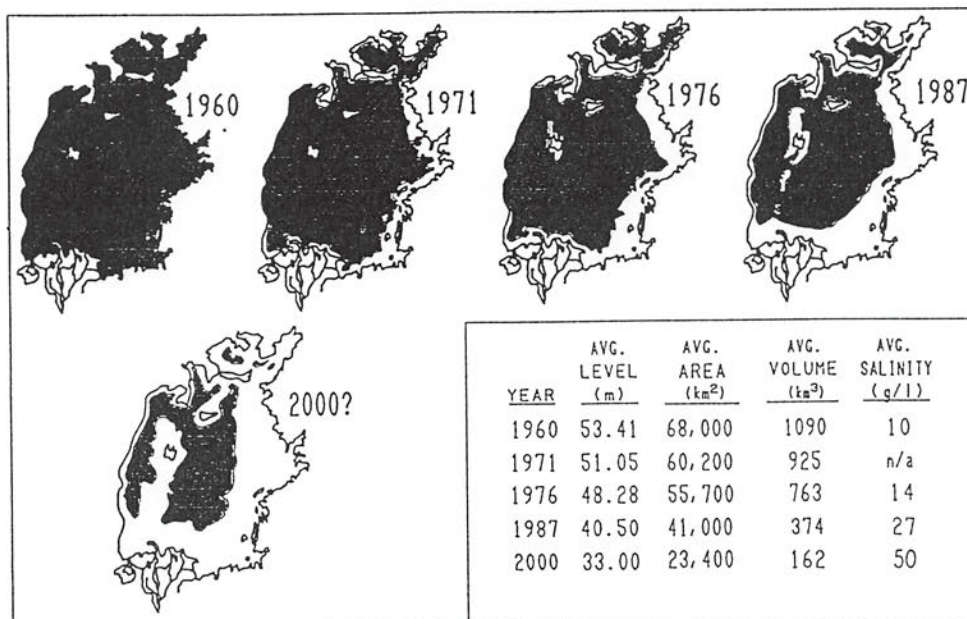


Fig. 2. The changing profile of the Aral Sea, 1960-2000.

Figures reprinted from Philip P. Micklin, "Desiccation of the Aral Sea," *Science*, volume 241, September 2, 1988, pp. 1170-1176. Copyright 1988 by AAAS.

2. Ein grosses Problem bildet das sowjetische Atombomben-Testgelände unweit von Semipalatinsk, an der nordöstlichen Grenze Kasachstans zur RSFSR. Erst seit dem Beginn der Perestrojka wurde bekannt, wie sehr die Bevölkerung durch die jahrelang überirdisch durchgeführten Tests betroffen wurde. In der 120 km vom Testgelände entfernten Stadt werden heute dreimal mehr Krebsfälle als im gesamtowjetischen Durchschnitt behandelt (29). Missbildungen, Fehlgeburten, Leukämie und die vor allem durch den Kernreaktorunfall in Černobyľ bekannt gewordene Immunschwächekrankheit "Černobyľ-Aids" sind sehr häufig. Die Lebenserwartung liegt rund sieben Jahre unter dem sowjetischen Durchschnitt von 69 Jahren (30). Jahrelang wurde der Bevölkerung die Gefährlichkeit radioaktiver Strahlung verschwiegen, obwohl im Umkreis des Testgeländes zahlreiche Dörfer liegen. Deren Einwohner begannen erst mit dem rapiden Anstieg von Krebsfällen und Missbildungen zu protestieren. Trotzdem werden noch heute 70% des Testgeländes landwirtschaftlich genutzt, da die Dorfbewohner gar nicht wüssten, wo anders sie ihre Schafe weiden lassen sollten (31).

Besonders gross war die Empörung, als bekannt wurde, dass die Bevölkerung der umliegenden Dörfer 1953 einem überirdischen Test ausgesetzt wurde, um mehr über die Schäden an Mensch und Tier, die der erhöhten Strahlung ausge-

setzt sind, zu erfahren. Die 1988 gegründete Semipalatinsk-Bewegung * unter dem Vorsitz des kasachischen Schriftstellers und Vertreters im Obersten Sowjet der Union, S. Sulemejnov, ist zu einer der mächtigsten Oppositionsgruppen in ganz Zentralasien geworden. Sie verlangt ein endgültiges nukleares Testverbot, die bestmögliche medizinische Betreuung der Opfer und eine finanzielle Entschädigung an alle Betroffenen. Zusätzlich engagiert sich die Bewegung in anderen Bereichen des Umweltschutzes (vgl. IV. 2.).

3. Ein weiteres Beispiel der diesbezüglichen Verantwortungslosigkeit sowjetischer Behörden war auch der Unfall in der Beryllium-Fabrik von Ust-Kamenogorsk im September letzten Jahres (32). Eine Explosion setzte grosse Mengen radioaktiven Staub frei, der sich in der Stadt absetzte. Die Bevölkerung wurde nicht rechtzeitig informiert, und mehr als 1'000 Personen erlitten Vergiftungen radioaktiver Gase. Einige Tage später führten Demonstrationen gegen die Fahrlässigkeit der Behörden zu Ausschreitungen und Zusammenstössen mit Sicherheitskräften. Nur der angereiste Präsident Kasachstans, N. Nazarbaev, konnte im Gespräch mit Vertretern der Demonstranten verhindern, dass neuformierte Streikkomitees ihre Drohung eines Generalstreiks wahr machten.
4. Das grösste Umweltproblem Zentralasiens allerdings ist der Missbrauch von Herbiziden und Pestiziden. In Usbekistan, Turkmenistan und Kasachstan ist das Trinkwasser durch das übermässige Versprühen von chemischen Stoffen über den Baumwollfeldern weitgehend verseucht. Dazu wird ein relativ kleines Sortiment chemischer Stoffe benutzt, gegen das die Schädlinge in der Zwischenzeit resistent geworden sind, sodass trotz ständig grösserer Einsatzmengen die Ernteerträge durch Schädlinge zurückgehen. Der Rückgang beträgt bei Baumwollfeldern, deren Böden schon sehr lange mit chemischen Stoffen belastet wurden, trotz neuen Bewässerungsanlagen bis zu 20% in den letzten fünf Jahren (33).

Von der Verseuchung des Trinkwassers stark betroffen sind die Kleinkinder. Die Mütter nehmen sie mit auf die Felder, wo in den Bewässerungsgräben die Konzentration der versprühten Gifte besonders gross ist. Die Kindersterblichkeit in der Sowjetunion ist in Zentralasien am grössten. Nach offiziell-

* In der Zwischenzeit nennt sie sich "Semipalatinsk-Nevada" Bewegung

len Angaben beträgt sie zum Beispiel in Turkmenistan 53/1'000 Kindern im ersten Lebensjahr, doch behauptet die Oppositionsbewegung Agsabirlik, dass im ersten Lebensjahr mindestens 120 von 1'000 Kindern sterben (34) (zum Vergleich: in der Schweiz beträgt die Kindersterblichkeit 7/1'000) (35). Tatsächlich ist die Verschmutzung des Trinkwassers derart gross, dass gefährliche Mengen von giftigen Stoffen bereits in der Muttermilch an den Säugling weitergegeben werden *. Störungen des Verdauungs- und Immunsystems sowie starke Reizungen der Schleimhäute und Nierenschäden werden in Zentralasien bei Kleinkindern besonders häufig festgestellt (36). Ein sinnvollerer Einsatz von spezifischen Mitteln oder der vorläufige Verzicht auf die chemische Behandlung der Baumwollpflanzen wäre deshalb dringend notwendig.

Wie nach dem Unfall in Ust Kamenogorsk werden die Kolchosearbeiterinnen auch hier nicht über die Wirkung der chemischen Stoffe informiert. Die seit 1988 entstandenen Umweltschutz-Bewegungen, die auf die Gefährlichkeit der Mittel hinweisen und Betreuungsdienste organisiert haben, damit die Mütter nicht mehr gezwungen sind, ihre Kinder zur Feldarbeit mitzunehmen, erhalten deshalb immer grösseren Zulauf. Weite Teile der Bevölkerung sind aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen sehr misstrauisch geworden (37). Die Aggressivität, die beim Zusammenstoss mit Sicherheitskräften während einer spontanen Demonstration im Februar 1990 in Taschkent zum Vorschein kam, nachdem man in der Nähe ein offenes Lager radioaktiver Abfälle aus Moskau entdeckt hatte, wird vor diesem Hintergrund verständlich (38).

* Nancy Lubin schreibt in "Uzbekistan: The Challenges Ahead" (Middle East Journal, Vol. 43, no 4, Autumn 1989) von 400 kg Dünger und von durchschnittlich 22,5 kg Pestiziden, die pro Hektare Baumwollkultur eingesetzt werden (sowjetischer Durchschnitt 1kg/ha)

IV. POLITISCHE SITUATION SEIT 1986

IV. 1. "Antikorruption" und internationaler Kaderaustausch

Die eingangs beschriebene Einsetzung des Russen Kol'bin für den ersten Parteisekretär der KP Kasachstans, D. Konajev, im Dezember 1986 war der eigentliche Höhepunkt einer ganzen Reihe von Auswechslungen im Partei- und Staatsapparat in allen Republiken Zentralasiens. Diese Auswechslung, die unter dem Namen "interregionaler und internationaler Kaderaustausch" bekannt wurde, führte in den Republiken zu Unzufriedenheit und nationalistischen Bewegungen. Trotzdem waren die Motive, die Gorbačëv am 27. Kongress der KPDSU in diesem Zusammenhang darlegte, zumindest teilweise berechtigt. Die Kritik an Korruption, Betrug, organisiertem Verbrechen und "mafia-ähnlichen" Zuständen in der Verteilung von politischen Aemtern etc. war längst bis nach Moskau gedrungen. Dass sie im grossen und ganzen berechtigt war (und heute noch ist), zeigten die später eingeleiteten Untersuchungen, die unter anderem ergaben, dass Produktionszahlen für landwirtschaftliche Produkte seit Jahren gefälscht bzw. nach oben korrigiert wurden (39). Die Misswirtschaft im Baumwolllexport wurde mit offizieller Genehmigung sowohl in Usbekistan als auch in Turkmenistan durch gefälschte Statistiken in einen florierenden Zweig der zentralasiatischen Landwirtschaft verwandelt (40). Besonders heftige Kritik fand die (immer noch vorhandene) Vetternwirtschaft, die nicht nur dazu führte, dass Familien ganze Ministerien verwalteten, sondern dass speziell fleissige Mitarbeiter mit einem stattlichen Lehen, in Form eines grosszügig eingerichteten Hauses mit umliegendem Land, für ihre Arbeit belohnt wurden (41).

Bis heute gehen die Anstrengungen weiter, das organisierte Verbrechen, vor allem im Drogenbereich, zu bekämpfen. Da in den letzten Jahren der Schmuggel von Drogen international schwieriger geworden ist, führen immer mehr Transporte über die afghanisch-turkmenische Grenze durch die Sowjetunion nach Europa (42). Am 4.9.90 veröffentlichte TASS eine Meldung, wonach Truppen des Innenministeriums im ersten Halbjahr 1990 Hunderte von am Schmuggel beteiligten Personen in Turkmenistan und Tadschikistan festgenommen hätten. In einzelnen entlegenen Gebieten von Kirgisien und Tadschikistan werde auch in grossem Mass Mohn angebaut. Die im allgemeinen gut durchorganisierten Schmuggler-Gruppen setzten sich oft aus arbeitslosen jungen Männern ohne Zukunftsaussichten zusammen, die es vor allem in den letzten Brešnev-Jahren geschafft hatten, mit Bestechungen, Gewalt, Raub und Drogenschmuggel ein Imperium aufzubauen, dessen

Macht zum Teil bis nach Moskau reichte. Nicht erst seit dem Mord am Journalisten Vladimir Glotov, der für die Tageszeitung "Sovetskaja Torgovlja" Machenschaften der zentralasiatischen Mafia untersuchte, bis er im Juli 1989 in einem Hinterhof Moskaus auf sadistische Weise umgebracht wurde (43), weiss man, wie rücksichtslos und mächtig einzelne dieser Organisationen sind. Bereits im Herbst 1988 wurde der ehemalige stellvertretende Innenminister und Schwiegersohn Brešnevs, J. Čurbanov, zusammen mit seinen usbekischen Komplizen in einem aufsehenerregenden Prozess vom Obersten Gerichtshof verurteilt *. Trotzdem hat die Zentrale bis heute kein Mittel gefunden, die noch vorhandenen oder neu entstandenen Organisationen auszuschalten, die im übrigen in der einen oder anderen Form in der ganzen Sowjetunion existieren, und ohne die ein grosser Teil der Schattenwirtschaft gar nicht funktionierte. In diesen Zusammenhang wurde auch die im Sommer/Herbst 1990 herrschende Lebensmittelknappheit in verschiedenen Städten der RSFSR gebracht, als Gerüchte bekannt wurden, wonach Kasachstan 20'000 Tonnen Fleisch- und 100'000 Tonnen Milchprodukte auf Druck "der Mafia" nicht geliefert haben soll (44).

Gorbačëv hatte von Anfang an die Absicht, gegen Korruption und Vetternwirtschaft vorzugehen. Bereits im Februar 1986 wurde bekannt, dass 500 Führungskader der kasachischen Behörden von ihren Aemtern enthoben wurden (45). In Usbekistan wurden in der Zeit 1984-1986 40 von 65 Sekretären der Gebietspartei Komitees, darunter 9 von 13 ersten Sekretären und mehr als 260 Sekretäre der Stadt- und Bezirkspartei Komitees ausgetauscht. 80% der Mitglieder des ZK und 90% seiner Kandidaten wurden ersetzt (46). Dabei verlief dieses gigantische Manöver eindeutig zuungunsten der Titularnation, das heisst in den Spitzengremien der usbekischen KP, im Sekretariat und im Büro des Zentralkomitees wurde die slawische Präsenz gegenüber der usbekischen deutlich erhöht.

Auf ähnliche Weise führte die im Oktober 1986 am ZK-Plenum der turkmenischen KP eingeleitete Antikorruptionskampagne zur Absetzung einer Reihe hoher Funktionäre von ihren Posten und zu zahlreichen Parteiausschlüssen.

* Gorbačëv gab in der Folge den beiden sowjetischen Staatsanwälten T. Gdljan und N. Ivanov den Auftrag, die Hintergründe der "Baumwollaffäre", die Čurbanov zu Fall brachte, genauer zu untersuchen. Die Verbindungen aus Usbekistan führten aber offenbar soweit in die Verwaltung Moskaus, dass die beiden Anwälte gestoppt und selbst angeklagt wurden. Eine vollständige Aufklärung steht bis heute aus.

Ende 1987 reiste gar der damalige ZK-Sekretär (und inzwischen auch fallengelassene) A. Jakovlev nach Tadschikistan, wo nach den Worten des dortigen Parteichefs "die Beseitigung der Ursachen für den ökonomischen Stillstand und die negativen Erscheinungen unberechtigt langsam verläuft", um vor Vertretern der Republik den Geist der Perestrojka zu erläutern.

Die Auswechslungen hatten vor allem zwei Auswirkungen. Erstens hatte Moskau die Möglichkeit, die durch die "Antikorruptionskampagne" und den "internationalen Kaderaustausch" freigewordenen Schlüsselpositionen mit "unionstreuen", mehrheitlich russischen Parteimännern zu besetzen, von denen man wusste, dass sie sich nicht zu sehr für die Unabhängigkeit der entsprechenden Republik einsetzen würden. Zweitens führte eben diese slawische Ueberpräsenz zu mehr Druck von unten, zu Nationalismus bzw. zu antirussischen Bewegungen und zur Gründung von zahlreichen "Oppositionsparteien". Vor allem in Kasachstan hatte der mit der Einsetzung Kol'bins vollzogene Bruch des ungeschriebenen Gesetzes, dass der erste Parteisekretär von der Titularnation und dessen Stellvertreter von der RSFSR stammen sollte, ein Wiederaufflammen antirussischer Gefühle zur Folge *.

IV. 2. Stellung der KP, Opposition

Im Obersten Sowjet aller fünf Republiken Zentralasiens hat die kommunistische Partei das weitaus grösste Gewicht, und in allen Republiken, in denen nach dem Vorbild der Union das Amt eines Präsidenten und ein Präsidenschaftsrat eingeführt wurden, besetzen die Kommunisten die Schlüsselpositionen. Mit einer Ausnahme ist in allen Republiken der Posten des Präsidenten und derjenige des ersten Parteisekretärs von derselben Person abgedeckt (vgl. Beilage 5). Die Ausnahme bildet Kirgisien, wo der Oberste Sowjet im Dezember letzten Jahres den liberalen Vorsteher der Akademie der Wissenschaften, A. Akaev, zum Präsidenten der Republik wählte (48), nachdem im Oktober Vertreter der mächtigen

* 40% der Bevölkerung Kasachstans sind Russen, die in verschiedenen Phasen angesiedelt wurden. Die Kollektivierung der Landwirtschaft wurde bei den seit Jahrhunderten nomadisierenden Kasachen in den 20er Jahren brutal durchgesetzt und forderte ca. 1,2 Mio Tote (47).

Oppositionspartei "Kirgisische Demokratische Bewegung" in den Hungerstreik getreten sind, um dadurch die Absetzung des Vorstehers des Obersten Sowjets, O.S. Masaliev, zu erwirken (49).

Masaliev - zugleich erster Sekretär der KP Kirgisiens - gilt als äusserst konservativer "Moskautreuer", der die Opposition - vor allem die erwähnte "Kirgisische Demokratische Bewegung" (KDB) für die Unruhen in der Republik verantwortlich macht *. Der Oberste Sowjet gab zwar dem Druck der Demonstrierenden nicht nach, entschloss sich aber, das Amt eines Präsidenten zu schaffen und wählte im Dezember den Reformer A. Akaev (51). Unter dem wachsenden Druck verzichtete Masaliev in der Folge auch auf den Vorsitz im Obersten Sowjet, um sich, wie er sagte, besser auf seine Arbeit als Parteivorsitzender zu konzentrieren. In den neugeschaffenen Präsidenschaftsrat, der aus 12 Mitgliedern besteht, wurde überraschenderweise auch ein Vertreter der KDB gewählt (52).

Dieses Verhältnis zwischen Opposition und KP ist typisch für ganz Zentralasien. Obwohl - gemessen an Sitzen in politischen Gremien - in krasser Unterzahl, hat die Opposition in allen Republiken in sehr kurzer Zeit beträchtlich an Macht gewonnen. Gewöhnlich mit Demonstrationen, Hungerstreiks oder Streikdrohungen zwingt sie die Behörden zum Nachgeben. Der offensichtliche Grund dahinter ist die breite Unterstützung durch die Bevölkerung, vielleicht mit Ausnahme von Turkmenistan, wo es gar keine offiziell registrierte Opposition gibt (da, wie der Vorsitzende des Obersten Sowjets, S.N. Muradov, es ausdrückte, eine Opposition in Turkmenistan gar nicht nötig sei ** (53)).

In Usbekistan sind 440 von 500 Vertretern im Obersten Sowjet und 12 von 14 Mitgliedern im Präsidenschaftsrat Kommunisten (von den 14 Mitgliedern sind 12

* Der auch im Westen bekannte kirgisische Schriftsteller Çingiz Ajtmatov, damals noch Mitglied des Präsidenschaftsrats der Union, warnte im Juni 1990 Masaliev öffentlich, dass es "nicht besonders klug sei, eine Bewegung mit immerhin mehr als 3'000 aktiven Mitgliedern zum Sündenbock machen zu wollen" (50)

** Der eigentliche Grund für das Fehlen einer starken Opposition hängt mit der "Nichtexistenz" einer breiten turkmenischen Intelligenz zusammen. Dazu kommt, dass sich die Bevölkerung Turkmenistans noch heute zuerst einmal zu einem der früheren Nomadenvölker zugehörig fühlt und sich erst in zweiter Priorität mit dem an sich künstlichen Begriff "Turkmen" identifiziert. Stammesfehden treten regelmässig auf und überwiegen in ihrer Anzahl deutlich den antirussischen Bewegungen (55). Trotzdem gibt es seit dem Februar dieses Jahres eine erste unabhängige Zeitung "Turkmen ili" mit einer Auflage von 999 Exemplaren pro Woche (eine Auflage über 1'000 erfordert die offizielle Genehmigung der Behörden)

Usbeken, einer Karakalpakke und nur einer Russe. Letzterer vertritt immerhin 8,3% der Bevölkerung (54). Diese "Untervertretung" der Russen im Rat ist die Folge der usbekischen Reaktion auf die in IV. 1. beschriebene Kaderaustausch-Politik).

Ebenso krass ist dieses Verhältnis in Turkmenistan, wo 90% des Obersten Sowjets der kommunistischen Partei angehören, während sich die restlichen 10% für parteilos erklären (56). In Tadschikistan und Kasachstan ist die Vertretung der Opposition vom Stimmgewicht her in politischen Gremien ähnlich bedeutungslos.

Doch trotz der Untervertretung der Opposition ist die kommunistische Führung durch die Entstehung neuer Bewegungen in den letzten Jahren immer mehr in die Rolle des Reagierenden gedrängt worden, der gezwungen ist, den wachsenden Forderungen nachzugeben. Meistens lässt sich dabei ein gemeinsames Ablaufschema erkennen.

Die ersten Akteure der Bewegung sind in der Regel Geisteswissenschaftler, Historiker, Schriftsteller, Journalisten (57). Diese Intellektuellen melden erste Forderungen an, die zwar nicht sehr umstürzlerisch sind, aber die konservativen Führungen der Republiken verunsichern. Ermutigt durch die von Moskau ausgehenden Signale initiieren oder unterstützen sie die Bildung informeller Vereinigungen, die zu unterschiedlichen Themen wie Umweltschutz, Geschichte etc. Stellung nehmen. Darin engagiert sich ein neuer Personenkreis, meist Studenten oder weniger prominente Wissenschaftler, die sich auch immer mehr für Demokratisierung, politische und wirtschaftliche Autonomie oder religiöse Freiheiten einsetzt. Die in dieser Form informeller Gruppen wachsende Bewegung fordert letztlich eine schnellere und gründlichere Durchführung der Perestrojka.

So entstand im November 1988 in Usbekistan die Bewegung "Birlik" *, die in der Zwischenzeit rund mehrere tausend Mitglieder zählt, und die Bewegung "Usbek Adalet". In Kasachstan, wo schon nach den Unruhen in Alma Ata die neu entstandene Bewegung "Jeltogsan" die Aufklärung der Umstände forderte die zum

* Erster Kongress am 28.5.89 in Taschkent, an dem 300 Delegierte den Physiker A.L. Pulakov zu ihrem Vorsitzenden wählten

Tod von zahlreichen Demonstranten geführt hatten, schlossen sich im Juni 1990 russische und kasachische Intellektuelle zu einer sozial-demokratischen Partei Kasachstans zusammen.

Aehnlich in Tadschikistan, wo es Ende 1988 zur Gründung der "Helfer der Perestrojka" kam. Deren Mitglieder standen in engem Kontakt mit Wissenschaftlern und Journalisten aus dem Baltikum, bevor die Bewegung auf Druck der Partei aufgelöst wurde. Aus Schriftstellern setzte sich der 1989 gegründete Verein "Marifat" zusammen, allerdings wurde auch diese Bewegung schnell einmal unter Druck gesetzt und ausgeschaltet (59).

Erst im Oktober 1990 wurde in Kirgisien die "Demokratische Bewegung" offiziell registriert, und in Turkmenistan wurde die nach usbekischem Vorbild geschaffene "Agsabirlik" kurz nach ihrer Gründung verboten; doch gewinnen auch hier einzelne, zum Teil offiziell nicht anerkannte, politisch aktive Gruppen oder grenzüberschreitende Bewegungen, wie die in der Zwischenzeit wohl stärkste Opposition Zentralasiens, das Aralseekomitee und die Semipalatinsk-Nevada Bewegung, immer mehr an Bedeutung (60).

In einer weiteren Phase werden "Volksfronten" gebildet und Massendemonstrationen organisiert. Selbst blutige Uebergriffe der Polizei vermögen die Entschlossenheit der Opposition nicht zu beeinträchtigen (61). Die wachsende Aggression der demonstrierenden Bevölkerung setzt sowohl die Behörden als auch die Führung der Opposition unter Druck. Es kommt zu Ablösungen in der Führung der Republik, in der reformfreudigere Persönlichkeiten eingesetzt werden sollen*.

Diese neuen Führungskräfte bewegen sich politisch auf einem schmalen Grat und verstricken sich nicht selten in einer widersprüchlichen Politik. So hält zum Beispiel der Oberste Sowjet Usbekistans in seiner Souveränitätserklärung vom 20.6.90 (der ersten dieser Art in Zentralasien) ausdrücklich fest, dass die Republik, trotz der beabsichtigten vollständigen Selbstverwaltung der eigenen

* In Kirgisien geschah das im Dezember 1990 mit der Wahl des Präsidenten A. Akaev, in Kasachstan im Juni 1989 mit der Einsetzung des liberalen N. Nazarbaev als erster Parteisekretär und in Usbekistan im Juli 1989 mit der Beförderung des ersten Parteisekretärs, N. Nišanov, nach Moskau und der Wahl von A. Karimov

Ressourcen, dem zur Diskussion vorgelegten Unionsvertrag zustimme, obwohl der Vertrag genau in diesen Punkten beträchtliche Kompetenzeinschränkungen der Republiken vorsieht (62).

N. Nazarbaev, der sich relativ stark für das Sprachengesetz und für die Souveränität Kasachstans engagierte *, äusserte sich gleichzeitig vehement gegen die Unabhängigkeitsbewegungen in Litauen, und A. Karimov, der sich selbst als Anhänger El'cins bezeichnet, verurteilt die eigene Opposition in aller Schärfe als Unruhestifter und kriminelle Elemente (63).

Trotzdem scheinen sich für einen kurzen Augenblick die Opposition und die neuen Parteiführungen einander anzunähern; doch handelt es sich dabei nur um eine Zwischenphase, da gerade die Kooperation die Durchsetzung der ursprünglichen Forderungen der Opposition zu gefährden scheint (64). Folglich werden zwei Tendenzen erkennbar. Die einen, die "Gemässigten", halten an den ursprünglichen Zielen im grossen und ganzen fest, die anderen radikalieren sie. Es geht immer mehr um Souveränität oder um nationale Unabhängigkeit.

Die Spaltung der usbekischen Bewegung "Birlik" Ende Februar letzten Jahres ist dazu ein gutes Beispiel. Als die Behörden im Februar die Durchführung einer "Birlik"-Versammlung verboten, spaltete sich nach einer Auseinandersetzung innerhalb der Bewegung eine Gruppe ab, die sich für die Durchführung der geplanten Demonstration aussprach (65). Diese Gruppe nennt sich "Erk" (frei) und setzt sich seither für die vollständige politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit Usbekistans ein. Der Name der mehrere tausend Mitglieder zählenden Bewegung ist einer in den 20er Jahren politisch aktiven Partei entlehnt, die sich für die Unabhängigkeit des damaligen Turkestans einsetzte **.

Auch die Reaktion der kommunistischen Führung auf die Gründung von "Erk" ist typisch für ganz Zentralasien. In seiner Rede vor dem Obersten Sowjet im April 1990 unterschied A. Karimov zwischen einer "guten" und einer "schlechten" Opposition (68). "Gut" und reformfördernd war, was sich für die Erhaltung der

* Souveränitätserklärung am 25.10.90

** Allerdings lehnt es einer der Führer von "Erk", Muhammad Salih, ab, von einem Endziel der Wiederherstellung von Turkestan zu sprechen. Er denke mehr an die Möglichkeit einer ökonomischen Förderaktion (67).

Umwelt und die Rettung des Aralsees einsetzte. Nationalistische und anti-russische Tendenzen waren "schlecht" und reformhemmend. So gesehen zählte die Volksfront "Birlik", die unter ihrem Dach die Demokratische Partei Usbekistans, die Union der Frauen, die Union der freien Jugend und die Demokratische Bauernpartei vereinigt (69), zwar zu den Bösen, "Erk" aber zu den "ganz Bösen".

Gleichzeitig mit der Aufspaltung einzelner schon vorhandener Bewegungen in einen radikaleren und einen gemässigten Teil entsteht eine Reihe neuer Oppositionsgruppen, die oft ähnliche Ziele verfolgen. Im Vordergrund stehen Umweltprobleme, Arbeitslosigkeit und Wohnungsmangel, kulturelle Eigenständigkeit, politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit. Die auf den Seiten 27 und 28 aufgeführte Tabelle gibt eine grobe Uebersicht über die grössten Bewegungen.

Die Aktivität dieser Gruppen und die soziale Misere, in der sich die Bevölkerung befand, zwang die Führung aller Republiken Zentralasiens zur Flucht nach vorne.

In der zweiten Hälfte letzten Jahres erklärten sich alle Republiken Zentralasiens bis auf eine für souverän (vgl. Seite 26). Einzige Ausnahme bildet die Republik Kirgisien, deren Oberster Sowjet am 31.10.90 zwar einen ersten Entwurf annahm, sich aber bis jetzt noch nicht zu einer offiziellen Erklärung entschliessen konnte *.

Immerhin hält er fest, dass Kirgisien gewillt sei, die Hoheit über die eigenen Ressourcen zu übernehmen und radikalere Massnahmen in diesem Bereich in Angriff zu nehmen. Das Verhältnis zwischen Opposition und kommunistischer Führung bleibt trotzdem sehr gespannt. Zuwenig, wenn überhaupt, hat sich die Lage für die Bevölkerung verbessert und zu gross ist die Empörung über die zum Teil erst jetzt bekannt gewordenen Misstände in den Bereichen Korruption, Umwelt etc.

* Nasretidinov vermutet, dass das vom Obersten Sowjet der Union kurz zuvor verabschiedete Gesetz, welches die uneingeschränkte Gültigkeit aller Unionsgesetze bis zur Unterzeichnung eines neuen Unionsvertrages vorsieht, einen Einfluss auf die Diskussionen zur Souveränität der Republik im Obersten Sowjet Kirgisiens hatte (71).

Als N. Nazarbaev im Dezember letzten Jahres die Opposition eindringlich bat, von Demonstrationen in Alma Ata abzusehen, um die Lage nicht noch mehr zu verschärfen, gingen prompt einige tausend Anhänger von "Jeltogsan" und "Akikat" auf die Strasse, um gegen diese Anmassung zu protestieren (72).

Die Todesfälle bei den zahlreichen Konflikten vom letzten Jahr haben nach Aussage von Salih ("Erk") zwar die politischen Aktivitäten gedämpft, doch ist es nur eine Frage der Zeit, bis neue Demonstrationen weitere Unruhen erzeugen (73).

<u>Souveränitätserklärungen</u>	
20.06.90:	Usbekistan
22.08.90:	Turkmenistan (!)
25.08.90:	Tadschikistan
25.10.90:	Kasachstan

Republik		Z i e l
KASACHSTAN	<u>Semipalatinsk-Nevada-Bewegung</u> <u>Das Komitee zur Rettung des Aralsees</u> <u>Akikat</u> <u>Ziddiyet</u> <u>Jeltogsan</u> <u>Sozialdemokratische Partei</u> <u>Azat</u> <u>Organisation für die Autonomie Ostkasachstans</u>	Einstellung aller Testversuche, Umweltschutz Umweltschutz Gruppe junger Historiker, die sich für die wirklichkeitsgetreue Darstellung der jüngeren Geschichte Kasachstans einsetzt Wiederbelebung der kasach. Kultur Aufdeckung der Hintergründe der Alma Ata-Unruhen, Rehabilitierung der Opfer besteht aus russ. und kasach. Intellektuellen, möchte nach eigenen Angaben die Reformen in Kasachstan fördern gehört zu den sog. Guten, der Opp., setzt sich u.a. für Umweltschutz ein, legte im Herbst 90 einen eigenen Entwurf für die Souveränität vor Anschluss eines mehrheitlich von Russen bewohnten Gebietes in Ostkasachstan an die RSFSR
USBEKISTAN	<u>Birlik</u> <u>Erk</u> <u>Usbek Adalet</u>	grösste Oppositionspartei Usbekistans mit dem Ziel, die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit zu erreichen. Engagiert sich stark im Umweltschutz, frei ähnliche Ziele wie Birlik, die aber oft radikaler vertreten werden Usbekische Gerechtigkeit, nationalistisch, antitadschikisch und antirussisch

Republik		Z i e l
TADSCHIKISTAN	<u>Demokratische Partei</u> <u>Rastokez</u> <u>Islamische Wiedergeburtspartei</u> <u>Rubaru</u>	relativ gemässigte Partei mit dem Ziel einer vollständigen Souveränität über die Ressourcen politische u. wirtschaftliche Unabhängigkeit Tadschikistans politisch aktive Bewegung, zur Oeffnung von neuen Moscheen und zur freien Religionsausübung von Angesicht zu Angesicht, immer einflussreichere nationalistische Bewegung
TURKMENISTAN	<u>Agsabirlik</u>	illegale Bewegung mit ähnlichen Zielen wie Birlik in Usbekistan
KIRGISIEN	<u>Demokratische Bewegung</u> <u>Akikat</u> <u>Aschar</u>	Schirmorganisation mit vielfältigen, eher wirtschaftlich und sozial ausgerichteten Zielen eher nationalistische Ziele Richtung Unabhängigkeit

V. UNRUHEN

V. 1. Voraussetzungen

Dieses kurze Kapitel soll vor dem Hintergrund der beschriebenen wirtschaftlichen und sozialen Zustände einen Rückblick auf die in den vergangenen zwei Jahren aufgetretenen Unruhen in Zentralasien geben. Zwei Bemerkungen sollten diesen Erläuterungen vorausgehen.

Erstens: Zentralasien ist ein heterogenes Völkergemisch. In allen zentralasiatischen Republiken leben Usbeken, Tadschiken, Kirgisen, Turkmenen, Kasachen und Russen. Der Anteil der russischen Bevölkerung schwankt trotz der im letzten Jahr besonders starken Abwanderung immer noch zwischen 10 und 40% und bildet mit rund 19% den zweitgrössten Bevölkerungsanteil Zentralasiens (75). Vor allem in Kasachstan gibt es relativ grosse Minderheiten von Deutschen, Ukrainern, Weissrussen und Juden (76). Tataren findet man in allen fünf Republiken, Koreaner, Mes'cheten, Uiguren, Aserbeidschaner, Baschkiren, Tschuwaschen und Dagestaner hauptsächlich in den südlicheren Republiken Usbekistan und Tadschikistan. Daneben gibt es eine ganze Reihe weiterer Minderheiten, die - wie die eben Genannten auch - entweder durch historische Entwicklungen wie Völkerwanderungen, durch Deportationen in den 30er und 40er Jahren oder durch eine gezielte Ansiedlungspolitik der Zentrale in Moskau zusammengeführt wurden.

Die Republiks- und Staatsgrenzen sind für viele dieser Völker künstlich und aufgezwungen (77). So leben nach Aussage des ständigen Vertreters des Ministerrats Turkmenistans in Moskau, A. Abaev, eine nicht zu vernachlässigbare Anzahl Turkmenen im Iran; und in China erwähnte der Vorsitzende der Staatskommission für Minderheiten, Asmail Amat, am Rande des im Februar letzten Jahres in Peking durchgeführten Nationalitätenkongresses erstmals "separatistische und sonstige Kräfte, die im In- und Ausland der Partei und dem Sozialismus feindlich gegenüberstehen", womit er nicht nur Bezug auf die Spannungen in Tibet nahm, sondern offenbar die in der Provinz Xinjiang stark vertretenen Minderheiten der Kirgisen, Tadschiken, Kasachen und Uiguren meinte (78).

Zwischen Usbeken und Tadschiken schwelt ein immer wieder ausbrechender Konflikt über die Republiksgrenzen. Seit Jahrzehnten beansprucht Tadschikistan

das Gebiet rund um die historischen Städte Samarkand und Buchara, das aufgrund einer - wahrscheinlich stark verfälschten - Volkszählung 1924 den Usbeken zugesprochen wurde. Inzwischen geht dieser Streit soweit, dass über die Herkunft des im zehnten Jahrhundert geborenen Mediziners, Staatsmannes und Philosophen Ibn Sina (980-1037) * heftige Diskussionen stattfinden (79).

Zusammenstösse an der kirgisisch-usbekischen Grenze gehen zum Teil auf vor-revolutionäre Land- und Wasserrechte usbekischer Bauern im heutigen Kirgisien zurück, und die Führung Kasachstans hat sich regelmässig mit jenen russisch-nationalistischen Bewegungen an der Nordgrenze zu befassen, deren Ziel - der Wiederanschluss grosser Teile Kasachstans an die RSFSR - unter den 40% Russen in Kasachstan immer mehr Anhänger findet.

Die Elemente dieses Völkergemischs sind in ihrer Kultur, Sprache, Religion etc. meist zu verschieden, als dass eine homogene Durchmischung spürbar geworden ist oder zu erwarten wäre. Mischehen sind in Zentralasien auch im Vergleich mit anderen Republiken der Sowjetunion verhältnismässig selten (vgl. Beilage 4). Statt einer Durchmischung hat sich in den letzten Jahren eher eine Separation oder gar eine Abwanderung grosser Teile einzelner Völker abgezeichnet (80). Die erleichterten Ausreisebestimmungen für Juden und die Möglichkeiten, die sich den während des zweiten Weltkriegs nach Kasachstan verschleppten Wolgadeutschen heute bieten, nach Deutschland zurückzukehren, führten 1990 zu einem wahren Exodus (81). Auch den überwiegend in den Städten lebenden Russen wurde die Lage in den letzten Jahren zu heiss, was vor allem nach der Verabschiedung der Sprachengesetze - zwischen Juni 1987 und Oktober 1989 haben alle zentralasiatischen Republiken die Sprache der Titulnation zur offiziellen Amtssprache erklärt - eine verstärkte Abwanderung zur Folge hatte. Da diese "Ausländer" aber oft führende Stellungen in der Industrie und an den Universitäten besetzen, bringt die Abwanderung grosse Schwierigkeiten für jene Unternehmen, die auf ausgebildetes Fachpersonal, Ingenieure usw. angewiesen sind. Meistens werden die leeren Stellen mit nichtausgebildetem Personal neu besetzt, was in einigen Fällen zu schweren Unfällen oder grossen Umweltbelastungen geführt hat.

* In Europa eher unter dem Namen "Avicenna" bekannt

Zweitens darf bei der Erklärung der in allen zentralasiatischen Republiken vorhandenen antirussischen Emotionen ein Hinweis auf die aktuellen Zustände in der Armee nicht fehlen. Natürlich sind die Ereignisse rund um die Eroberung Zentralasiens durch die zaristischen Truppen *, die blutigen nachrevolutionären Unabhängigkeitskämpfe und die in den 30er Jahren mit äusserster Gewalt durchgesetzte Zwangskollektivierung, die mehr als eine Million Opfer forderte, nicht vergessen. Auch der unverhältnismässig grosse Anteil von Russen in Schlüsselpositionen in Industrie und (zum Teil) Politik sowie die beschriebenen sozialen und ökologischen Probleme, für die die zentrale Führung in Moskau verantwortlich gemacht wird, führen immer mehr zu antirussischen Kundgebungen und gewalttätigen Auseinandersetzungen. Doch haben die zahlreichen Meldungen über die mysteriösen Todesfälle von vor allem usbekischen und kasachischen Rekruten sowie die Diskussion über den Rassismus in der Armee während des letzten Jahres fast mehr als alles andere zu Nationalismus und antirussischen Bewegungen in Zentralasien geführt.

15'000 Rekruten ** sind in den letzten fünf Jahren im Dienst gestorben, also anderthalb mal mehr als in zehn Jahren Afghanistankrieg (83). Jeder fünfte Todesfall soll ein Selbstmord sein. "Die sozialen und materiellen Zustände innerhalb der Verbände spotten jeder Beschreibung", meint der ständige Vertreter des usbekischen Ministerrats in Moskau. Zu wenig und zu schlechtes Essen, Gewalt, sexuelle Misshandlungen, Folterungen, unsinnige Leerlaufübungen bis zur Schikaniererei usw. seien die Folgen des Zerfalls in der Armee (84).

Eine genau festgelegte Dienstalershierarchie schafft eine Art Sklaven-System, dem sich der Rekrut bedingungslos unterordnen muss. Tut er es nicht, wird er verprügelt oder einfach umgebracht. Der usbekische Volksdeputierte Karim Bariev stellte im August 1990 fest, dass alleine 1989 430 usbekische Rekruten in Zinnsärgen zurückgekehrt seien (85). 70% der dabei untersuchten Leichen wiesen noch deutliche Anzeichen eines durch Gewalt herbeigeführten Todes auf (Schlagspuren, innere Verletzungen, Schädelbrüche etc.). Viele der Toten werden nicht mehr in ihre Heimat überwiesen, um offenbar eine Untersu-

* In den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts

** Die Zahl 15'000 stammt aus offiziellen Angaben des Verteidigungsministeriums und ist deshalb mit der entsprechenden Vorsicht zu geniessen. Andere Quellen sprechen von wesentlich mehr Toten.

chung zu verhindern, oder werden solange zurückgehalten, bis eine Obduktion nicht mehr möglich ist. Jeder dritte Rekrut in der Sowjetunion kommt heute aus Zentralasien (86), doch nur ein geringer Teil von ihnen hat die Möglichkeit, je einen Kaderposten zu besetzen. Diese sind den Russen vorbehalten, die oft das tiefe Bildungsniveau oder die schlechten Russischkenntnisse vorschieben, um dieses Ungleichgewicht zu rechtfertigen. Nachdem beispielsweise der erste Sekretär der KP des Andisan Oblast (Ferganatal) im Sommer des letzten Jahres beim Verteidigungsminister D. Jazov gegen die Verhältnisse in der Armee und gegen die grosse Zahl an Toten aus Zentralasien protestiert hatte, tadelte Jazov in einem von ihm unterzeichneten Brief die Usbeken dafür, dass sie sich fahrlässig benommen und nicht oder nur sehr wenig russisch gesprochen hätten (87). Immer mehr Usbeken fordern deshalb, dass ihre Rekruten nicht mehr in ethnisch gemischten Einheiten Dienst tun müssen, sondern in rein usbekischen Verbänden nur noch für den Militärdienst innerhalb der Republiksgrenzen verpflichtet werden sollten. Bariev, der eben diese Forderung aufstellte, wurde in den kurz darauf abgehaltenen Wahlen prompt in den Obersten Sowjet Usbekistans gewählt. Dass die Zustände in der Armee zu einem politisch bedeutenden Faktor geworden sind, zeigt auch eine Ende 1990 in Usbekistan durchgeführte Umfrage, nach der 90% der Bevölkerung das Auftreten von Gewalt, Folterungen, sexuellen Misshandlungen und Mord in der Armee bekannt sei (1970: 40%) (88).

Durch die Rückkehr von mehr als 200'000 Soldaten aus den ehemaligen Ostblockstaaten in die Sowjetunion werden die sozialen Probleme in der Armee noch verschärft. Ein Teil der Truppen kann nur in Zeltstädten oder Baracken untergebracht werden. Die im letzten Jahr da und dort in der UdSSR entstandenen "Mutterkomitees", die sich für die Verbesserung der Lage ihrer Söhne einsetzen, machen auf die schlechten Verhältnisse in diesen provisorischen Städten aufmerksam. Es fehle an sanitären Einrichtungen und medizinischer Betreuung (89). Da die zurückkehrenden Truppen nicht überall mit offenen Armen empfangen werden, was soweit führe, dass die Nahrungsmittelversorgung durch die lokale Bevölkerung boykottiert werde, fehle es auch oft an Grundnahrungsmitteln (90) *.

* Am 27.11.90 erlässt Gorbacëv gar ein Präsidialdekret zum Schutz der Rechte von Armeeingehörigen in den nichtrussischen Republiken. Verteidigungsminister Jazov erklärte im Fernsehen, im Fall von Uebergriffen gegenüber Soldaten werde die Armee von der Waffe Gebrauch machen.

V. 2. Zusammenstösse

Unruhen traten seit 1986 mit zunehmender Häufigkeit in allen zentralasiatischen Republiken auf. Der in der Einführung beschriebenen Demonstration in Alma Ata folgten vor allem 1989/1990 eine Reihe heftigster Unruhen in Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisien. Fast allen Ereignissen war gemeinsam, wie das offizielle Moskau über die Vorfälle berichtete. Bei Demonstrationen wurde das Verhalten der Bevölkerung oft kriminalisiert. Man sprach von Drogen und unter Alkoholeinfluss stehenden Rowdies, die angeblich versuchten, die an sich friedliche Bevölkerung gegen die noch friedlichere kommunistische Führung aufzuhetzen (91). Umgekehrt warf man der lokalen KP bei ethnischen Unruhen in scharfen Tönen vor, die Lage nicht mehr unter Kontrolle zu haben, und nur ein Eingreifen von Truppen könne die Situation noch retten. Auf die angespannte Lage, so wie sie in III. 1., III. 2. und III. 3. angesprochen wurde, wird in den wenigsten Fällen Bezug genommen.

Eine Ausnahme bildeten in dieser Beziehung die seit 1986 heftigsten Unruhen vom Februar letzten Jahres in Duschanbe. Bereits am 26. Januar hatte eine von Rastokez organisierte Protestversammlung stattgefunden, um gegen Bürokratie, Arbeitslosigkeit und Wohnungsmangel zu demonstrieren (92). Nachdem dann in den ersten Februartagen in Duschanbe das Gerücht umging, es würden mehrere Hundert armenische Flüchtlinge nach Duschanbe geschafft und dort bis auf weiteres untergebracht, reagierte die Bevölkerung am Montag, 12. Februar, mit einer Grossdemonstration, die vor dem Gebäude des ZK der KP Tadschikistans schliesslich ein blutiges Ende fand (93). Der erste Parteisekretär K. Makamov versuchte zwar, die aufgebrachte Menge zu beruhigen und erklärte über Lautsprecher, es handle sich nur um 39 Flüchtlinge, die zudem nicht in Staatswohnungen untergebracht werden sollten (94), doch er wurde niedergeschrien, und einzelne Demonstranten begannen, Steine gegen die Miliz zu werfen. Plötzlich entlud sich eine seit langem aufgestaute Aggression, die für mindestens drei Tage in der ganzen Stadt anhielt. Läden und Lager wurden geplündert, Flugblätter verteilt und in Duschanbe lebende Russen tätlich angegriffen. 22 Tote, Hunderte von Verletzten und Sachschaden in Millionenhöhe (Rubel) waren die Folgen (95) *. Noch in der Nacht vom 12. auf den 13. Februar wurde der Ausnahmezustand und

* Inzwischen wurde der 12. Februar zum nationalen Trauertag erklärt (Report on the USSR, 22.2.1991)

eine Ausgangssperre über die Stadt verhängt. Truppen des Innenministeriums und reguläre Armeeeinheiten, insgesamt über 7'000 Mann, patroullierten in den Strassen und Makamov machte sofort Rastokez für die Vorfälle verantwortlich. Der Geistliche S. Bedimogov, der während der Unruhen zum Sturz des kommunistischen Regimes und zur Gründung eines islamischen Staates aufgerufen hatte, wurde festgenommen und schliesslich mit vier Jahren Zuchthaus bestraft (96). Einigen Führern von Rastokez ging es ähnlich.

Die Ausgangssperre wurde am 1. Januar dieses Jahres aufgehoben, der Ausnahmezustand wird hingegen weiterhin aufrecht erhalten. Obwohl der Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit, V. Petkel, die Demonstranten nach oben beschriebenen Schema als Kriminelle und Drogensüchtige bezeichnete (97), liess Makamov an einer noch im Februar abgehaltenen Pressekonferenz keine Zweifel über die Ursachen der Unruhen offen. Der Wohnungsmangel sei ein echtes und grosses Problem für seine Republik, das die Leute schliesslich auf die Strasse treibe. Er verstehe das und wolle ein Programm zur Verbesserung der Wohnsituation lancieren (vgl. Seite 10).

Es war nicht das erste Mal, dass in der Region wegen Wohnproblemen Unruhen entstanden. Bereits acht Monate zuvor, im Juni 1989, kam es in Osch zu Zusammenstössen, als bekannt wurde, dass Mes'cheten dort angesiedelt werden sollten. Die Mes'cheten sind ein während des zweiten Weltkriegs nach Zentralasien verschlepptes Völkergemisch, das ursprünglich im Nordkaukasus lebte und seit der Deportation immer wieder unter der Diskriminierung der Einheimischen zu leiden hatte. Im Ferganatal Usbekistans brach der schwelende Konflikt vor dem Hintergrund der angespannten sozialen und wirtschaftlichen Lage (in der Region um Osch beträgt die Arbeitslosigkeit weit über 20%) (98) im Juni 1989 aus. Ohne von irgendwelchen Sicherheitskräften daran gehindert worden zu sein, wurden Häuser angezündet und zahlreiche Familien umgebracht. Die Meldungen über den Vorfall und die Flucht der Mes'cheten aus Usbekistan und Kirgisien führten in anderen Republiken zu Gerüchten, wonach die Flüchtlinge dort untergebracht werden sollten. So pflanzen sich Unruhen schnell fort und lösen an anderen Orten weitere Konflikte aus.

Ziemlich genau ein Jahr später, am 4./5. Juni 1990, kam es in der selben Region zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Usbeken und Kirgisen (99). Der Anlass war ein Streit um Wassernutzungs- und Landbewirtschaftungsrechte, die seit der umstrittenen (von Moskau beschlossenen) Grenzziehung im Ferganatal besteht. Es kam zu mindestens 630 Toten (100), und obwohl die

Führung Kirgisiens am 7. Juni die Grenze zu Usbekistan schliessen liess und eine Ausgangssperre über die Grenzstadt Osch verhängte, kam es zu weiteren Zusammenstößen, die in der Folge auch in Frunse, der Hauptstadt Kirgisiens, zu Demonstrationen führten (zuerst gegen die angeblich einseitige Berichterstattung des Fernsehens, dann für mehr Demokratie, mehr Wohnungen, mehr Lebensmittel und für den Rücktritt des gesamten ZK-Sekretariats innerhalb von drei Tagen). Obwohl Karimov in Moskau um die Entsendung von Truppen des Innenministeriums nachsuchte * und das Semipalatinsk-Nevada-Komitee im Juli eine gesamtzentralasiatische Konferenz zur Befriedung des Osch-Konfliktes veranstaltete, fanden die Unruhen erst im September ihr eigentliches Ende.

Zusammenstöße gibt es auch immer wieder im Streit um ein Gebiet an der nordöstlichen Grenze Kasachstans zur RSFSR, das vor allem von Russen bewohnt und reich an Oel sowie anderen Bodenschätzen ist. Es gibt bereits eine russische "Organisation für die Autonomie Ost-Kasachstans" (vgl. Seite 27) (101), die sich für die lokale russische Bevölkerung stark macht. Die ständigen Scharmützel zwischen Vertretern dieser reaktionären Gruppe mit kasachischen Nationalisten sind im letzten Jahr immer häufiger und blutiger geworden. Die Unruhen im usbekischen Buka (im Juni 1989 wurden in einem Streit zwischen Kirgisen und Usbeken 48 Häuser in Brand gesteckt) und in Parkent, wo eine Demonstration mit rund 5'000 Teilnehmern gewaltsam aufgelöst wurde, und dabei mindestens vier Personen den Tod fanden, zeigen, dass es fast überall und jederzeit wieder zu neuen Gewalttätigkeiten kommen kann (102).

V. 3. Nationalismus und Islam

Bei der Betrachtung der Hintergründe dieser Unruhen stellt sich die Frage, wie gross der "Einfluss des Islam" auf die politischen Verhältnisse der Region ist. Gibt es zum Beispiel "islamische Oppositionsparteien", oder kommt es nächstens zu einer ganzzentralasiatischen islamisch-fundamentalistischen Erhebung, die den Glauben als politische Kraft benützen würde, um Zentralasien

* Das Innenministerium kam diesem Begehren allerdings nicht nach

vor dem Hintergrund der sozialen Unzufriedenheit von der Union wegzubringen? Welche Rolle spielt "der Islam" in der Politik Moskaus gegenüber Zentralasien? etc. etc.

Einige dieser Fragen sind auch im Zusammenhang mit den Reaktionen von Muslims in aller Welt auf die Ereignisse des Golfkriegs aufgetaucht; vor allem nachdem Gorbačëv seine Truppen in der Region Zentralasien kurz nach Kriegsbeginn in erhöhte Alarmbereitschaft versetzte *. Zwei Bemerkungen scheinen dem Autor dabei wichtig:

1. Es ist nicht ganz klar, was man in der Sowjetunion unter dem Begriff "Muslim" verstehen soll. Grosse Teile der sogenannten muslimischen Bevölkerung der UdSSR wissen, wenn überhaupt, nur sehr wenig über den Inhalt der islamischen Glaubenslehre. Nur relativ wenige sind fähig, im Koran zu lesen, den meisten fehlen dazu die Arabisch-Kenntnisse. Uebersetzungen sind zwar vor zwei Jahren sowohl in Kasachstan als auch in Usbekistan gedruckt worden, doch sind die Auflagen gemessen an der Nachfrage sehr beschränkt. Es gibt daher viele, die sich zwar als Muslim bezeichnen, gleichzeitig aber gar nicht wissen, was es bedeutet **.

Das hängt damit zusammen, dass bis vor kurzem die Ausübung des Glaubens mehr geduldet als erlaubt war. In den 30er Jahren wurden rund 80% aller Moscheen Zentralasiens stillgelegt, zerstört oder zweckentfremdet. Auch die später von Moskau durchgesetzte "Zuckerbrot und Peitschen-Religionspolitik" war nach Aussage von Hans Bräker (Die islamischen Turkvölker Zentralasiens und die sowjetisch-chinesischen Beziehungen) eine reine Interessenpolitik, die bei Lockerungen in diesem Bereich höchstens den Zweck verfolgte, den sowjetischen Einflussbereich auf Gebiete islamischer Minderheiten in China auszudehnen ***. Selbst Gorbačëv äusserte sich während einer Reise durch

* was er, wie er später bemerkte, nicht aus Angst vor Unruhen in Zentralasien veranlasste, sondern es als eine Vorsichtsmassnahme betrachtete, die angesichts der Nähe des Konfliktes durchaus gerechtfertigt gewesen sei (103).

** was ja, wenn auch aus anderen Gründen, mutatis mutandis ebenso für grosse Teile der katholischen oder protestantischen Bevölkerung der Schweiz zutrifft.

*** In der Zwischenzeit sind Meldungen bekannt geworden, wonach allein im letzten Jahr mehr als 200 Personen bei der Niederschlagung von Revolten muslimischer Aktivisten in der nordwestlichsten Provinz Xinjiang den Tod gefunden haben sollen.

Zentralasien (November 1986) in einer beachteten Rede stark antimuslimisch. Er sprach von der Notwendigkeit eines "kompromisslosen und resoluten Vorgehens gegen religiöse Phänomene" und warf einem Teil der KP-Mitglieder vor, sich an diesen "Ritualen" zu beteiligen * (105).

Wenn deshalb hier von der muslimischen Bevölkerung der Sowjetunion die Rede ist, dann ist damit die Menge aller traditionell islamischer Bevölkerungsgruppen der UdSSR gemeint, unabhängig davon, wie stark dieser ursprüngliche Islam durch die Religionspolitik der Zentrale verhindert oder beeinträchtigt worden ist. So gesehen gibt es rund 50 - 55 Millionen Muslims in der Sowjetunion, was ungefähr 19,2% der gesamtowjetischen Bevölkerung entspricht (1979 betrug dieser Anteil noch rund 16,5%). Heute stammt bereits jedes zweite neugeborene Kind aus einem der traditionell muslimischen Gebiete (104). Das zahlenmässige Verhältnis von Sunniten zu Schiiten entspricht etwa 9 zu 1. So sind insbesondere Usbeken, Kirgisen, Turkmenen, Kasachen und Tadschiken sunnitisch (vergleiche Beilage 7).

2. Der offizielle Islam wird in Zentralasien repräsentiert durch das sogenannte "geistliche Direktorium" in Taschkent und - seit dem Frühjahr des letzten Jahres - in Alma Ata, der Hauptstadt Kasachstans. Die Schaffung dieses geistlichen Direktoriums (1943) war eine typisch sowjetische Lösung, die den Widerspruch zwischen Moskaus Vorstellung eines atheistischen Staates und der Furcht vor religiösen Unruhen in der Region zu überbrücken versuchte. Man beabsichtigte dadurch irgendwie Marxismus und Islam zu verbinden. Gleichzeitig spannte Moskau das Direktorium vor den Karren, wenn es der Union nützlich sein konnte. Noch in den 80er Jahren liess sich die Geistlichkeit in Taschkent dazu hergeben, die Widerstandskämpfer Afghanistans als "ungläubige Terroristen" zu bezeichnen.

Das hat sich in den letzten Jahren, vor allem seit dem Beginn der liberalen Religionspolitik Moskaus, erheblich geändert. Ueber Jahrzehnte begrenzten

* Gorbačëvs Einstellung gegenüber dem Islam hat sich im Laufe seiner Amtszeit zumindest in seinen offiziellen Stellungnahmen gemässigt. Das Religionsgesetz, das am 1.10.1990 vom Obersten Sowjet der Union verabschiedet wurde, bringt den Gläubigen trotz der Einschränkung, dass die Kirche als ganzes nicht als eine juristische Person betrachtet wird, erhebliche neue Freiheiten und Rechte.

sich die Aktivitäten des Direktoriums auf Gesuche, die eine oder andere Moschee wieder zu eröffnen oder Ausreisemöglichkeiten zu schaffen, um die Durchführung von Pilgerreisen nach Mekka zu ermöglichen. (Diesen Reisewünschen wurde nie entsprochen, was damit begründet wurde, dass die UdSSR mit Saudiarabien keine diplomatischen Beziehungen pflege *.) Heute gehen die Bemühungen des Direktoriums entscheidend weiter. Alte oder baufällige Moscheen werden restauriert, zweckentfremdete Gebäude entleert und für den eigentlichen Gebrauch wieder bereitgestellt. In jeder der fünf Republiken wurden Medressen eröffnet, Feiertage werden wieder eingeführt, Zeitschriften herausgegeben und Flugblätter verteilt. An jedem dritten Tag des letzten Jahres ist in Zentralasien eine neue Moschee eröffnet worden. Allein in Taschkent wurden den Gläubigen 1990 30 neue oder wiederhergestellte Moscheen übergeben (106). Die Akademie der Wissenschaften hatte den Koran ins Usbekische übersetzt, und im lokalen Radio und Fernsehen sind zur Zeit 15 Serien Religions- und Glaubensfragen gewidmet.

Der seit März 1989 amtierende neue Mufti Zentralasiens, M. Mamajusupov, erfreut sich grosser Beliebtheit und wurde noch im selben Frühling in den Kongress der Volksdeputierten gewählt. Am 25. April 1990 trat er in einer vielbeachteten Sendung im Allunions-Fernsehen auf, um über die Vitalität und die Dynamik des Islams zu sprechen (107). Er bezeichnete die in Moskau und insbesondere im Rat für religiöse Angelegenheiten des Ministerrats der Union verbreiteten Ansichten über den Islam als tragisches Missverständnis und betonte das soziale Engagement, mit dem der offizielle Islam sich an der Perestrojka in Zentralasien beteilige.

Tatsächlich schätzt seit 1989 auch Moskau die Aktivitäten des Direktoriums als "reformfördernd" ein, vor allem seit sich die Geistlichkeit während der Mai/Juni-Unruhen im Ferganatal eingeschaltet und die an den Unruhen Beteiligten zur sofortigen Waffenruhe und Gesprächen aufgefordert hat. Yaacov Ro'i meint in "The Islamic Influence on Nationalism in Soviet Central Asia" **, dass in den letzten zwei Jahren vermehrt "die Ethik des

* 1990 haben trotz hergestellten diplomatischen Beziehungen nur gerade 32 Gläubige nach Mekka reisen können.

** Problems of communism July-August 1990

Islams" als Mittel im Kampf gegen Alkoholismus, Kriminalität und Korruption verwendet wurde. Es werde in diesem Zusammenhang auch von Selbstmord als Sünde und den Vorschriften in der Hygiene, so wie sie der Koran vorschreibt, gesprochen und geschrieben *.

Mit der Schaffung von geistlichen Direktorien hat die Union auch verhindern können, dass sich einzelne informelle islamische Gruppen haben formieren können. Ihre Anzahl und die Zahl ihrer Mitglieder blieben immer beschränkt. Die grosse Mehrheit der Beobachter beurteilt die Wahrscheinlichkeit einer gesamtzentralasiatischen islamischen Bewegung als gering. Zu gross sind die Streitigkeiten zwischen Kirgisen und Usbeken, Usbeken und Tadschiken, Kasachen und Turkmenen usw., zu sehr identifiziert sich der Einzelne mit seinem Stamm oder seiner ethnischen Zugehörigkeit und zu stark wünschen sich die Bewohner Zentralasiens Demokratie und westliche Lebensformen **. Teilweise stehen diese Aussagen in einem Widerspruch mit Beobachtungen während den Unruhen (vgl. auch Seite 33) in Duschanbe, wonach von verschiedener Seite die Schaffung eines islamischen Staates gefordert worden sei, und die Frauen dazu aufgefordert worden seien, wieder Schleier und Umhang zu tragen. Es gibt auch immer wieder Gerüchte über die Aktivität informeller islamischer Gruppen, die im Untergrund arbeiten sollen und zum Teil bewaffnet seien. "Turkestan" sei so eine Gruppe, deren Ziel die Vereinigung Zentralasiens und die Loslösung von der Union sei. Die Aktivität dieser Bewegungen und ein Erfolg oder Misserfolg ihrer Politik wird schlussendlich vom sozialen Umfeld und der politischen Entwicklung in der Region abhängen. Vorläufig steht die Mehrheit der zentralasiatischen Muslims hinter der offiziellen Politik des Direktoriums. Es bleibt abzuwarten, welche Linie diese Behörde während der sich abzeichnenden Loslösung der fünf Republiken von der Union einschlagen wird.

* Tatsächlich ist die Selbstmordrate mit 2-8/10⁵ Personen im Vergleich zu 30/10⁵ (gesamtsowjetischer Durchschnitt) relativ gering.

** Selbst die radikale Oppositionspartei "Erk" hält es für unmöglich, dass ein islamischer Fundamentalismus, so wie er in Iran verwirklicht wurde, in Zentralasien eine Chance hätte.

VOSDO-900319dr71

USSR STATE COMMITTEE FOR STATISTICS REPORTS

(Population of the USSR Broken Down
by Nationality and Language)

Nationality (persons)	1989 as Percentage of 1979		Percentage of Nationality (1989 Census)		
	1979	1989	Who Consider the language of Their Nationality Their Mother Tongue	Who Have Free Command of a Second Language Spoken in the USSR	
				Russian	Others
TOTAL					
POPULATION	262,084,654	285,688,965	109.0	92.7	24.2 5.3
Russians	137,397,089	145,071,550	105.6	99.8	0.1 4.0
Ukrainians	42,347,387	44,135,989	104.2	81.1	56.2 8.5
Byelorussians	9,462,715	10,030,441	106.0	70.9	54.7 11.7
Uzbeks	12,455,978	16,686,240	134.0	98.3	23.8 3.7
Kazakhs	6,556,442	8,137,878	124.1	97.0	60.4 2.9
Georgians	3,570,504	3,983,115	111.6	98.2	33.1 1.0
Azerbaijanians	5,477,330	6,791,106	124.0	97.6	34.4 2.2
Lithuanians	2,850,905	3,068,296	107.6	97.7	37.9 1.6
Moldavians	2,968,224	3,355,240	113.0	91.6	53.8 4.4
Letts	1,439,037	1,459,156	101.4	94.8	64.4 2.5
Kirghiz	1,906,271	2,530,998	132.8	97.8	35.2 4.6

- 2 -

Tajiks	2,897,697	4,216,693	145.5	97.7	27.7	12.2
Armenians	4,151,241	4,627,227	111.5	91.6	47.1	5.0
Turkmen	2,027,913	2,718,297	134.0	98.5	27.8	2.0
Estonians	1,019,851	1,027,255	100.7	95.5	33.8	2.0
Abkhazians	90,915	102,938	113.2	93.3	78.2	3.6
Avars	482,844	604,202	125.1	96.9	60.6	6.7
Aguls	12,078	19,936	165.1	94.4	65.8	7.3
Balkarians	66,334	88,771	133.8	92.9	77.2	2.5
Bashkirs	1,371,452	1,449,462	105.7	72.3	71.8	3.6
Buryats	352,646	421,682	119.6	86.3	72.0	2.8
Darghians	287,282	365,797	127.3	97.5	68.0	1.8
Ingush	186,198	237,577	127.6	96.9	80.0	1.0
Kabardinians	321,719	394,651	122.7	96.9	77.1	0.8
Kalmyks	146,631	174,528	119.0	89.9	85.1	1.5
Kara-Kalpaks	303,324	423,436	139.6	94.1	20.7	11.4
Karelians	138,429	131,357	94.9	47.9	45.5	14.8
Komi	326,700	345,007	105.6	70.4	62.1	6.2
Kумыks	228,418	282,178	123.5	97.4	74.5	1.1
Laks	100,148	118,386	118.2	93.5	76.4	2.9
Lesghians	382,611	466,833	122.0	91.5	53.4	19.8
Mari	621,961	670,277	107.8	80.8	68.8	5.8
Mordovians	1,191,765	1,153,516	96.8	67.0	62.5	8.9
Nogais	59,546	75,564	126.9	89.9	79.3	1.4
Ossetians	541,893	597,802	110.3	87.0	68.9	12.2
Rutuls	15,032	20,672	137.5	94.5	63.0	8.3
Tabasarans	75,239	98,448	130.8	95.7	62.6	5.4
Tatars	6,185,196	6,645,588	107.4	83.2	70.8	5.3
Tuvinians	166,082	206,924	124.6	98.5	59.1	0.4
Udmurts	713,696	746,562	104.6	69.6	61.3	7.1
Tsakhurs	13,478	20,055	148.8	95.1	23.6	54.1
Chechen	755,782	958,309	126.8	98.0	74.0	0.9
Chuvashs	1,751,366	1,839,228	105.0	76.5	65.1	5.9
Yakuts	328,018	382,255	116.5	93.8	64.9	1.5
Adygheis	108,711	124,941	114.9	94.7	81.7	1.5
Altaians	60,015	71,317	118.8	84.4	65.2	2.4
Jews	1,761,724	1,376,910	78.2	11.1	10.1	29.2

- 3 -

Karachayevs	131,074	156,140	119.1	96.7	79.1	1.0
Khakass	70,776	81,428	115.1	76.1	66.6	3.6
Chechens	46,470	52,356	112.7	90.4	76.3	2.2
Komi-Permiaks	150,768	152,074	100.9	70.1	61.2	8.0
Northern						
nationalities	158,324	197,345	124.6	52.8	49.5	5.4
Abazinians	29,497	33,801	114.6	93.4	78.1	4.3
Veps	8,094	13,341	164.8	52.6	49.2	16.2
Gagauz	173,179	197,164	113.8	87.4	71.1	6.9
Jews Mountainous	9,389	19,516	by 2.1	73.2	53.1	17.1
			times			
Jews Georgian	8,455	16,123	190.7	90.7	46.4	4.7
Jews Central Asian	28,308	36,568	129.2	64.6	50.2	17.2
Izhorians	748	829	110.8	36.9	38.0	24.0
Karaites	3,341	2,803	83.9	25.1	18.7	21.0
Krymchaks	3,000	1,559	52.0	38.4	32.9	13.3
Talyshi	...	21,914	...	90.1	6.1	72.6
Tatars Crimean	132,272	268,739	by 2.0	92.5	76.0	8.0
			times			
Tats	22,441	30,817	137.3	71.8	64.0	13.3
Udins	6,863	8,849	128.9	85.3	49.4	25.5
Gipsies	209,159	261,956	125.2	77.4	63.3	13.8
Shorians	16,033	16,572	103.4	57.7	52.8	7.1
Austrians	554	731	131.9	45.7	30.2	14.2
Albanians	4,336	4,085	94.2	52.0	49.2	8.9
Americans	120	746	by 6.2	61.3	39.5	13.4
			times			
English	239	637	by 2.7	70.0	50.2	8.0
			times			
Arabs	6,813	11,599	170.2	72.4	63.5	12.1
Assyrians	25,170	26,289	104.4	59.7	43.6	19.9
Afghans	3,983	8,951	by 2.2	65.4	35.7	23.3
			times			
Baluchi	18,997	29,091	153.1	95.7	5.0	55.8
Bulgarians	361,082	378,790	104.9	67.9	60.3	8.7
Hungarians	170,553	171,941	100.8	93.7	43.3	11.7

- 4 -

Vietnamese	2,785	16,752	by 6.0 times	98.5	25.0	0.2
Dutch	712	964	135.4	35.1	32.7	6.4
Greeks	343,809	357,975	104.1	44.5	39.5	16.6
Dungans	51,694	69,686	134.8	94.7	70.5	2.9
Peoples of India and Pakistan	537	2,614	by 4.9 times	77.1	40.7	4.4
Spaniards	3,039	3,737	123.0	48.7	43.5	7.6
Italians	963	1,942	by 2.0 times	40.4	28.4	8.5
Chinese	12,021	11,418	95.0	33.0	30.6	5.0
Koreans	388,926	437,335	112.4	49.4	43.3	3.7
Cubans	2,593	5,113	197.2	73.3	73.1	2.0
Kurds	115,858	152,952	132.0	80.5	28.8	40.3
Germans	1,936,214	2,035,807	105.1	48.7	45.0	1.6
Persians	31,313	40,510	129.4	33.4	45.9	18.2
Poles	1,150,991	1,126,137	97.8	30.4	43.9	17.3
Romanians	128,792	145,918	113.3	60.9	50.9	11.6
Serbians	1,737	3,100	178.5	40.6	50.2	8.5
Slovaks	9,409	10,017	106.5	42.7	51.8	24.1
Turks	92,689	207,369	by 2.2 times	91.0	40.2	30.6
Uigurs	210,612	262,199	124.5	86.5	58.3	10.9
Finns	77,079	67,318	87.3	34.7	35.4	10.8
French	796	798	100.3	50.3	44.4	13.0
Khalkha-Mongolians	3,228	4,336	134.3	90.8	74.5	0.9
Croats	249	1,100	by 4.4 times	59.3	47.7	5.8

- 5 -

Czechs	17,812	16,335	91.7	36.0	37.3	22.5
Japanese	752	691	91.9	45.9	38.6	3.2

The figures have been taken from census results on the resident population: the population in the USSR in 1979 was 262.4 million, and in 1989 286.7 million.

(Soyuz, No.11, March 1990. In full.)

VOSD1-900306DR37

Statistics

USSR STATE COMMITTEE FOR STATISTICS REPORTS

The USSR Level of Education in Union Republics in 1989

1. Per 1,000 population of 15 years old and older:

	Higher and secondary (complete and incomplete)	Higher complete	Including: Secondary complete	Secondary incomplete
USSR	812	108	504	200
Russian Federation	806	113	483	210
Ukraine	794	104	506	184
Byelorussia	770	108	494	168
Uzbekistan	867	92	577	198
Kazakhstan	838	99	541	198
Georgia	877	151	574	152
Azerbaijan	878	105	581	192
Lithuania	753	106	466	181
Moldavia	755	87	464	204
Latvia	838	115	489	234
Kirghizia	842	94	564	184
Tajikistan	837	75	551	211
Armenia	901	138	577	186
Turkmenia	864	83	568	213
Estonia	801	117	474	210

- 2 -

 2. Per 1,000 population engaged in the economy:

	Higher and secondary (complete and incomplete)	Higher complete	Including: Secondary complete	Secondary incomplete
USSR	921	143	617	161
Russian Federation	915	146	591	178
Ukraine	928	139	648	141
Byelorussia	899	144	623	132
Uzbekistan	948	127	694	127
Kazakhstan	926	131	648	147
Georgia	942	199	639	104
Azerbaijan	943	148	666	129
Lithuania	879	145	588	146
Moldavia	884	114	584	186
Latvia	925	146	584	195
Kirghizia	930	128	686	116
Tajikistan	916	111	662	143
Armenia	953	192	627	134
Turkmenia	935	114	682	139
Estonia	892	150	564	178

- 3 -

Sources of Income of the USSR Population:

	Total (ths.)		1989/1979	Ratio (%)	
	1979	1989	(%)	1979	1989
Population	262,085	285,743	109.0	100	100
Engaged in economy (except personal holdings)	134,860	141,892	105.2	51.5	49.7
Scholarship holders	6,633	6,772	102.1	2.5	2.4
Pension earners and others, supported by state */	40,126	50,503	125.9	15.3	17.6
Dependants and engaged only in personal holdings	80,195	86,049	107.3	30.6	30.1
Those with other sources of income and unregistered sources	271	527	194.5	0.1	0.2

The 1989 census has registered those who have two or more sources of income - 15 per cent of the population. (The 1979 census registered only one source of income for each pollee.) These are mostly working pension earners, persons working both in the economy and in personal holdings, and those who are getting scholarships, pensions, help or aid from their relatives.

*/ In all, as of the beginning of 1989 there were 58.6 million pension earners (47.6 million in 1979). The census registers as pension earners only those for whom the pension is the main source of income. Working pension earners are registered as engaged in the economy.

(Ekonomika i Zhizn No. 10. In full.)

VOSD1-900319DR74

AVERAGE MONTHLY CASH WAGES OF FACTORY AND OFFICE WORKERS
IN AUTONOMOUS REPUBLICS, AUTONOMOUS REGIONS AND
AUTONOMOUS AREAS (in roubles)

(ASSR stands for Autonomous Soviet Socialist Republic)

	; 1980 ;	1985 ;	1988
Russian Federation	177.7	201.4	235.2
Bashkir ASSR	162.3	183.1	216.6
Buryat ASSR	189.6	213.0	259.8
Daghestan ASSR	133.8	146.3	160.7
Kabardin-Balkar ASSR	153.7	169.4	191.6
Kalmyk ASSR	158.4	179.3	210.3
Karelian ASSR	201.2	227.9	267.6
Komi ASSR	261.2	291.6	343.6
Mari ASSR	148.0	172.2	197.2
Mordovian ASSR	152.6	173.9	199.3
North Ossetian ASSR	156.3	170.6	189.5
Tatar ASSR	163.4	185.0	214.1
Tuva ASSR	163.2	180.9	212.6
Udmurt ASSR	172.7	194.8	229.7
Chechen-Ingush ASSR	146.2	159.7	184.2
Chuvash ASSR	147.7	169.5	192.9
Yakut ASSR	329.4	374.3	428.3
Adyge Autonomous Region	135.1	154.4	176.1
Gorno-Altai Autonomous Region	156.7	176.3	241.1
Jewish Autonomous Region	200.6	223.3	272.4
Karachai-Circassian Autonomous Region	147.0	168.7	194.6
Khakass Autonomous Region	185.5	211.0	241.6
Aginsk-Buryat Autonomous Area	152.2	184.4	224.5
Komi-Permyak Autonomous Area	147.9	166.6	197.3
Koryak Autonomous Area	327.8	356.6	420.6
Nenets Autonomous Area	308.0	341.0	428.8
Taimyr (Dolgan-Nenets)			

- 2 -

Autonomous Area	359.9	393.2	446.8
Ust-Orda Buryat			
Autonomous Area	167.4	191.1	226.5
Khanty-Mansi Autonomous Area	379.2	411.7	489.7
Chukchi Autonomous Area	449.3	479.8	566.8
Evenki Autonomous Area	297.5	331.4	381.1
Yamal-Nenets Autonomous Area	398.9	459.7	555.2
<u>Uzbek Republic</u>	<u>155.5</u>	<u>164.2</u>	<u>182.0</u>
Kara-Kalpak ASSR	160.0	159.0	188.4
Georgian Republic	145.2	167.6	186.9
Abkhazian ASSR	131.9	161.5	169.0
Adzhar ASSR	133.8	157.6	166.6
South-Ossetian Autonomous Region	109.4	134.3	148.1
Azerbaijan Republic	148.4	162.6	171.0
Nakhichevan ASSR	123.8	172.9	149.6
Nagorno-Karabach Autonomous			
Region	131.5	149.8	135.0
<u>Tajik Republic</u>	<u>145.5</u>	<u>157.8</u>	<u>177.1</u>
Gorno-Badakhshan Autonomous			
Region	132.9	144.1	156.1

(Ekonomika i Zhizn, No.12. In full)

VOSD1G-900207DR39

MIXED MARRIAGES

Mark Tolts, demographer

By tradition, a year before each National Census, the central statistics department sums up the data on the number of marriages between representatives of different nationalities. The latest such material applies to 1988 and the previous one to 1978.

A few words, first, about how wide-spread inter-ethnic marriages are in the Soviet constituent republics. The data relates to the nations which have given the name to their republics: Ukrainians living in the Ukraine, Russians living in the Russian Federation and so on.

The differences are very noticeable. In the Ukraine, 22.4 per cent of women and 20.9 per cent of men marry people of other nationalities. The picture in Byelorussia (21.7 per cent of women and 20.1 per cent of men) and in Latvia (20.1 and 19.7 per cent, respectively) is approximately the same.

In the other republics the percentage of mixed marriages is lower. In the Russian Federation, 11.1 per cent of ethnic Russian women and 9.7 per cent of men have formed international families. Armenian women marry non-Armenian men in only 0.8 per cent of the cases (for men in Armenia the figure is 2.3 per cent). In most republics, over the past ten years, the share of women who have married men of other nationalities has increased. The four exceptions are Lithuania (a drop from 11.4 to 7.8 per cent), Estonia (from 9.3 to 8.9 per cent), Turkmenia (from 2.5 to 2.4 per cent) and Azerbaijan (from 1.5 to 1.4 per cent). This is apparently a sign of the structure of the population (in some republics it is becoming more, and in others less homogeneous) and of the prevailing moods in society.

People of practically all nationalities living outside their republics are forming inter-ethnic families much more often. In the whole of the USSR, the number of Armenian women married to non-Armenians is almost 15 times higher than on the

- 2 -

territory of Armenia (the figure of Armenian men is 8.8 times higher). Among the other people who choose spouses of other nationalities more often than in their own republics are Azerbaijanis (women - 3 times more often and men - 4 times), Lithuanians (1.6 and 2 times), Estonians (1.7 and 1.8 times, respectively).

The upward trend in the number of mixed marriages is particularly typical of Russians living outside the Russian Federation. I will mention here the republics where more than 50 per cent of Russian women form such families: Byelorussia (73.4 per cent), Armenia (70.6 per cent), Moldavia (59.9 per cent), the Ukraine (56.7 per cent), Georgia (53.2 per cent), Lithuania (51.7 per cent). In Byelorussia, the Ukraine, Moldavia and Lithuania the share of Russian men married to non-Russian women is even higher: 74.5, 57.2, 61.9 and 56.5 per cent, respectively. In Armenia (46.5 per cent) and in Georgia (39.6 per cent) the share of men is lower. If one is to speak of the changes that have happened over the past ten years, the most remarkable group is the Russians living in Georgia. In 1978 they married people of other nationalities appreciably less frequently: women - 34.5 per cent and men - 22.5 per cent.

Here is another table in front of me: the State Committee for Statistics shows in it the frequency of mixed marriages among the 18 biggest nationalities on the whole territory of the USSR.

The table is headed by Germans (64.6 per cent of women and 67.6 per cent of men), who are followed by Jews (47.6 and 58.3 per cent) and Tatars (42.2 and 40.9 per cent). The last two figures are particularly remarkable because, as a rule, as we have seen, men are much more active in this respect than women and in some cases the gap between them and women is very broad indeed (among Georgians in nation-wide terms, for example, 17.9 per cent of men and only 9.5 per cent of women marry people of other nationalities). The people who form such families less frequently of all are Turkmen women (3.9 per cent) and Uzbek men (6.6 per cent).

As we have seen, there many international families in all

- 3 -

regions (we will get the exact figures when the results of the census are published). When the sky above us is clear, this enriches our life and adds new colours to it, but when clouds of inter-ethnic strife and conflicts begin to gather, the position of such people becomes really tragic. Why, it is so unnatural when the barricade of confrontation threatens to split apart families and homes.

(Sovetskaya Kultura, February 3. In full.)

BEILAGE 5Regierungs- und "Staatschefs" der zentralasiatischen RepublikenKASACHSTAN

Nurzultan Abisevic Nazarbaev (6.7.1940), seit April 1990 Präsident der kasachischen SSR, seit Juni 1989 Erster Sekretär der kommunistischen Partei Kasachstans, seit Juli 1990 Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Mitglied der kommunistischen Partei seit 1962.

Erik Magsumovic Asanbaev (10.3.1936), seit April 1990 Vorsitzender des Obersten Sowjets Kasachstans, Mitglied der kommunistischen Partei seit 1967.

Usakbai Karamanov (20.8.1937), seit Juli 1989 Premierminister des Ministerkabinetts, Mitglied der kommunistischen Partei seit 1962.

KIRGISIEN

Askar Akaev (10.11.1944), seit Dezember 1990 Präsident der kirgischen SSR, Mitglied der kommunistischen Partei seit 1981.

Nasirdin Išanov (7.11.1934), seit Januar 1991 Premierminister des Ministerkabinetts, Mitglied der kommunistischen Partei seit 1969.

Medetkan Serimkulov (17.11.1939), seit Dezember 1990 Vorsitzender des Obersten Sowjets, Mitglied der kommunistischen Partei seit 1962.

TADSCHIKISTAN

Kakar Makamov (16.4.1932), seit November 1990 Präsident der tadschikischen SSR, seit Dezember 1985 Erster Sekretär des ZK der KP Tadschikistans, seit Dezember 1990 Vorsitzender des Ministerkabinetts, seit Juli 1990 Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Mitglied der kommunistischen Partei seit 1957.

Kadriiddin Aslonov (29.5.1947), seit Dezember 1990 Vorsitzender des Obersten Sowjets, Mitglied der kommunistischen Partei seit 1972.

TURKMENISTAN

Saparmurad Ataevic Nijasov (19.2.1940), seit Oktober 1990 Präsident der turkmenischen SSR, seit Dezember 1985 Erster Sekretär des ZK der KP, seit Juli 1990 Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Mitglied der kommunistischen Partei seit 1962.

Kan Akmedov (1936), Premierminister, Mitglied der kommunistischen Partei seit 1963.

Sakat Nepesovic Muradov (1932), seit November 1990 Vorsitzender des Obersten Sowjets, Mitglied der kommunistischen Partei seit 1951.

USBEKISTAN

Islam Abduganievic Karimov (30.1.1938), seit März 1990 Präsident der usbekischen SSR, seit November 1990 Vorsitzender des Ministerkabinetts, seit Juni 1989 Erster Sekretär des ZK der KP, seit Juli 1990 Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Mitglied der kommunistischen Partei seit 1964.

Mirsaolim Ibraimov (1932), seit November 1990 Vorsitzender des Obersten Sowjets, Mitglied der kommunistischen Partei seit 1951.

Von Spitälern, Černobyl', Glasnost' und Perestrojka (28.06.1990)

Obwohl Gorbáčëv bereits 1985 und bei mehreren Gelegenheiten 1986 über die Notwendigkeit von Verbesserungen im sowjetischen Gesundheitswesen gesprochen hat, bleiben die Verhältnisse in diesem Bereich unverändert schlecht. Trotz "tiefgreifender Reformen" bleibt dem einzelnen in der Sowjetunion - falls er ernsthaft erkrankt - oft nur das Beten und Schmieren, eine seriöse ärztliche Behandlung ist Glückssache. Der hygienische Zustand in mehreren Spitälern Moskaus, in denen ich mich umsehen konnte, ist offensichtlich ungenügend. Blutige und eitrige Bettwäsche liegt stundenlang im Gang herum. Vor der einzigen Toilette für die 45 Zimmer eines Stockwerks stehen die Patienten Schlange. In den Gängen und Zimmern riecht es nach Urin, Schweiss und Kot. Unmittelbar vor dem Eingang des Operationssaals steht ein Korb mit fünf, sechs jungen Kätzchen, während Krankenschwestern die Patienten hinein- und herauschieben. Die Zimmer sind nicht gewischt, und überall liegen Essensreste herum. Als absolut grotesk erscheint einem unter diesen Umständen die Tatsache, dass die Patientinnen der Geburtsabteilung gezwungen sind, die zum Ueberleben notwendigen Lebensmittelpakete, die ihnen gebracht werden, an Seilen von der Strasse ans Fenster heraufzuziehen, da den Ehemännern der Zutritt "aus hygienischen Gründen" verweigert wird.

Nach Aussage verschiedener Aerzte fehlt es einfach an allem, an Medikamenten, Geräten, Betten, Spritzen, usw. Die grösste AIDS-Risikogruppe in der Sowjetunion ist das medizinische Personal. Gynäkologen beispielsweise haben, wenn überhaupt, oft nur ein einziges Paar Gummihandschuhe. Es gebe Patienten, deren Aufnahme ins Spital verweigert werde, da es an Schmerzmitteln und den nötigen Apparaturen fehle, so ein Kardiologe des Spitals Nr. 5, der, wie fast alle Aerzte, mit einem Monatseinkommen von 120 Rbl. (Touristenkurs ca. 30 SFr.) dazu gezwungen ist, gegen Bezahlung einzelnen Patienten eine "bessere Behandlung" zukommen zu lassen als anderen.

Vor diesem Hintergrund muss die medizinische Betreuung der Opfer des Kernreaktorunfalls in Černobyl' betrachtet werden. Abgesehen davon, dass die Information der ukrainischen und weissrussischen Bevölkerung über mögliche gesundheitsschädigende Auswirkungen in den vier Jahren, die seit dem Unfall vergangen sind, schlichtweg katastrophal war, ist es trotz Versprechungen von Regierung und Gesundheitsministerium bisher nicht gelungen, die vom Unfall Betroffenen medizinisch genügend zu versorgen. An rund 250-300'000 Kindern wurde zu spät Jod abgegeben. Diese Kinder haben in der Zwischenzeit radioaktive Kropfbildungen. Nach immerhin vier Jahren hat es trotz sprunghaft angestiegenen Leukämiefällen in der 120 km von Černobyl' entfernten Stadt Minsk mit rund 700'000 Einwohnern erst ganze 60 Betten für die Meistbetroffenen. Obwohl der Vize-Gesundheitsminister A.I. Kondrusev (K.), bei dem ich mich über die Hintergründe der medizinischen und sozialen Folgen von Černobyl' erkundigte, heftig bestritt, dass in den verseuchten Gebieten von Weissrussland und der Ukraine weiterhin Gemüse und Getreide angepflanzt und später in der ganzen Sowjetunion verkauft wurde, musste er zugeben, dass in "einzelnen Fällen", bei denen die Organisation der Lebensmittelimporte nicht geklappt hatte, auf die "lokale Produktion" zurückgegriffen werden musste. Die ganze Affäre zeigt auch, wie eingeschränkt tatsächlich "Glasnost" und "Perestrojka" verwirklicht sind. Erst am 17. April 1990 veröffentlichte die "Pravda" genauere Angaben über das Ausmass und die Art der Verstrahlung. Erst heute haben sich sowjetische Aemter auf Höchstwerte der radioaktiven Belastung einigen können, und erst vier Jahre nach der Katastrophe bemerkt man, dass eigentlich noch weitere 200'000 Personen aus der Umgebung von Černobyl' zu evakuieren wären. K. gab sich bei der Aussprache sehr souverän; obwohl noch einige Probleme bestünden, habe man die Lage im Griff. Vieles von dem, was im Westen verbreitet worden sei, wäre Desinformation, so sei ihm kein einziger Fall bekannt, bei dem eine nicht an sogenannten "Liquidationsarbeiten" beteiligte Person einer akuten radioaktiven Belastung ausgesetzt gewesen sei. Die Leukämie-Todesfälle und die grauenhaften Missbildungen an in der Zwischenzeit geborenen Kindern beweisen das Gegenteil. Nicht nur die Tatsache, dass durch Desorganisation,

Schlamperei sowie Mangel an Medikamenten und Apparaturen beispielsweise 85 % aller an Leukämie erkrankten Kinder sterben (während in der Schweiz 75 % davon überleben), sondern auch die Feststellung, wie wenig eigentlich von offizieller Seite für die Betroffenen unternommen wird, lässt den aussenstehenden Beobachter erahnen, mit welcher Ohnmacht sich ein Ivan Ivanovic den sowjetischen Verhältnissen ausgeliefert sieht. Während in einzelnen Teilen der sowjetischen Wirtschaft wenigstens Ansätze von Reformen zu verzeichnen waren, gab es im Gesundheitswesen, diesem wichtigen Teil der Wohlfahrt einer Gesellschaft, nie eine Perestrojka, und es ist in nächster Zukunft auch keine zu erwarten. Dass der Vorfall von Černobyl^v vielleicht nicht der letzte dieser Art gewesen ist, beweist der am 3. Mai dieses Jahres veröffentlichte "Pravda"-Artikel, wonach die Einwohner der sibirischen Stadt Tomsk-7 kürzlich in den Morgensendungen des lokalen Radios gewarnt wurden: "Achtung Radioaktivität, bleiben Sie zu Hause" Sieben Personen, die bereits in der Nähe geschossenes Wild gegessen hatten, mussten hospitalisiert werden. Kurz darauf starben sie.

BEILAGE 7

TABLE

NATIONAL COMPOSITION OF THE POPULATION OF THE USSR IN 1970, 1979, AND 1989
(IN DESCENDING ORDER OF SIZE IN 1989)

	NUMBER OF PERSONS OF GIVEN NATIONALITY			PERCENTAGE INCREASE OR DECREASE	
	1970	1979	1989	1970-79	1979-89
Total Population of the USSR	241,720,134	262,084,654	285,688,965	8.4	9.0
Russians	129,015,140	137,397,089	145,071,550	6.5	5.6
Ukrainians	40,753,246	42,347,387	44,135,989	3.9	4.2
Uzbeks ^{M,T}	9,195,093	12,455,978	16,686,240	35.5	34.0
Belorussians	9,051,755	9,462,715	10,030,441	4.5	6.0
Kazakhs ^{M,T}	5,298,818	6,556,442	8,137,878	23.7	24.1
Azerbaijanis ^{M,T}	4,379,937	5,477,330	6,791,106	25.1	24.0
Tatars ^{M,T}	5,930,670*	6,185,196	6,645,588	4.3*	7.4
Armenians	3,559,151	4,151,241	4,627,227	16.6	11.5
Tajiks ^M	2,135,883	2,897,697	4,216,693	35.7	45.5
Georgians	3,245,300	3,570,504	3,983,115	10.0	11.6
Moldavians	2,697,994	2,968,224	3,355,240	10.0	13.0
Lithuanians	2,664,944	2,850,905	3,068,296	7.0	7.6
Turkmen ^{M,T}	1,525,284	2,027,913	2,718,297	33.0	34.0
Kirgiz ^{M,T}	1,452,222	1,906,271	2,530,998	31.3	32.8
Peoples of Dagestan ^M	1,364,649	1,656,676	2,072,071	21.4	25.1
of whom:					
Avars	396,297	482,844	604,202	21.8	25.1
Lezgins	323,829	382,611	466,833	18.2	22.0
Dargins	230,932	287,282	365,797	24.4	27.3
Kumyks ^T	188,792	228,418	282,178	21.0	23.5
Laks	85,822	100,148	118,386	16.7	18.2
Tabasarans	55,188	75,239	98,448	36.3	30.8
Nogai ^T	51,784	59,546	75,564	15.0	26.9
Rutuls	12,071	15,032	20,672	24.5	37.5
Tsakhurs	11,103	13,478	20,055	21.4	48.8
Aguls	8,831	12,078	19,936	36.8	65.1
Germans	1,846,317	1,936,214	2,035,807	4.9	5.1
Chuvash ^T	1,694,351	1,751,366	1,839,228	3.4	5.0

TABLE (CONTINUED)
 NATIONAL COMPOSITION OF THE POPULATION OF THE USSR IN 1970, 1979, AND 1989
 (IN DESCENDING ORDER OF SIZE IN 1989)

	NUMBER OF PERSONS OF GIVEN NATIONALITY			PERCENTAGE INCREASE OR DECREASE	
	1970	1979	1989	1970-79	1979-89
Latvians	1,429,844	1,439,037	1,459,156	0.6	1.4
Bashkirs ^{MT}	1,239,681	1,371,452	1,449,462	10.6	5.7
Jews	2,150,707	1,810,876	1,449,117	-15.8	-20.0
of whom:					
Central Asian	n.a.	28,308	36,568	—	29.2
Mountain	n.a.	9,389	19,516	—	107.9
Georgian	n.a.	8,455	16,123	—	90.7
Mordvins	1,262,670	1,191,765	1,153,516	-5.6	-3.2
Poles	1,167,523	1,150,991	1,126,137	-1.4	-2.2
Estonians	1,007,356	1,019,851	1,027,255	1.2	0.7
Chechens ^M	612,674	755,782	958,309	23.4	26.8
Udmurts	704,328	713,696	746,562	1.3	4.6
Maris	598,628	621,961	670,277	3.9	7.8
Ossetians	488,039	541,893	597,802	11.0	10.3
Komi and Komi-Permyak	475,345	477,468	497,081	0.4	4.1
of whom:					
Komi	321,894	326,700	345,007	1.5	5.6
Komi-Permyak	153,451	150,768	152,074	-1.7	0.9
Koreans	357,507	388,928	437,335	8.8	12.4
Karakalpaks ^{MT}	236,009	303,324	423,436	28.5	39.6
Buryats	314,671	352,646	421,682	12.1	19.6
Kabardians ^M	279,928	321,719	394,651	14.9	22.7
Yakuts ^T	296,244	328,018	382,255	10.7	16.5
Bulgarians	351,168	361,082	378,790	2.8	4.9
Greeks	336,869	343,809	357,975	2.1	4.1
Crimean Tatars ^{MT}	n.a.	132,272	268,739	—	103.2
Uigurs ^{MT}	173,276	210,612	262,199	21.5	24.5
Gypsies	175,335	209,159	261,956	19.3	25.2
Ingush ^M	157,605	186,198	237,577	18.1	27.6
Turks ^{MT}	79,000	92,689	207,369	17.3	123.7
Tuvins ^T	139,388	166,082	206,924	19.2	24.6
Peoples of the North, Siberia, and the Far East	152,626	158,324	197,345	3.7	24.6
Gagauz ^T	156,606	173,179	197,164	10.6	13.8
Kalmyks	137,194	146,631	174,528	6.9	19.0
Hungarians	166,451	170,553	171,941	2.5	0.8
Karachai ^{MT}	112,741	131,074	156,140	16.3	19.1
Kurds ^M	88,930	115,858	152,952	30.3	32.0
Romanians	119,292	128,792	145,918	8.0	13.3
Karelians	146,081	138,429	131,357	-5.2	-5.1
Adygei ^M	99,855	108,711	124,941	8.9	14.9
Abkhaz	83,240	90,915	102,938	9.2	13.2
Balkars ^{MT}	59,501	66,334	88,771	11.5	33.8
Khakass ^T	66,725	70,776	81,428	6.1	15.1
Altai ^T	55,812	60,015	71,317	7.5	18.8

TABLE (CONTINUED)

NATIONAL COMPOSITION OF THE POPULATION OF THE USSR IN 1970, 1979, AND 1989
(IN DESCENDING ORDER OF SIZE IN 1989)

	NUMBER OF PERSONS OF GIVEN NATIONALITY			PERCENTAGE INCREASE OR DECREASE	
	1970	1979	1989	1970-79	1979-89
Dungans ^M	38,644	51,694	69,686	33.8	34.8
Finns	84,750	77,079	67,318	-9.1	-12.7
Cherkess ^M	39,785	46,470	52,356	16.8	12.7
Iranians ^M	27,501	31,313	40,510	13.9	29.4
Abazi ^M	25,448	29,497	33,801	15.9	14.6
Tats ^M	17,109	22,441	30,817	31.2	37.3
Baluchis ^M	12,582	18,997	29,091	51.0	53.1
Assyrians	24,294	25,170	26,289	3.6	4.4
Talysh ^M	n.a.	n.a.	21,914	—	—
Vietnamese	n.a.	2,785	16,752	—	501.5
Shors ^T	16,494	16,033	16,572	-2.8	3.4
Czechs	20,981	17,812	16,335	-15.1	-8.3
Veps	8,281	8,094	13,341	-2.3	64.8
Arabs ^M	n.a.	6,813	11,599	—	70.2
Chinese	n.a.	12,021	11,418	—	-5.0
Slovaks	11,658	9,409	10,017	-19.3	6.5
Afghans ^M	4,184	3,983	8,951	-4.8	124.7
Udins	5,919	6,863	8,849	15.9	28.9
Cubans	n.a.	2,593	5,113	—	97.2
Khalkha-Mongolians	5,170	3,228	4,336	-37.6	34.3
Albanians ^M	4,402	4,336	4,085	-1.5	-5.8
Spaniards	n.a.	3,039	3,737	—	23.0
Serbs	n.a.	1,737	3,100	—	78.5
Karaim ^T	4,571	3,341	2,803	-26.9	-16.1
Indians and Pakistanis	1,945	537	2,614	-72.4	386.8
Italians	n.a.	963	1,942	—	101.7
Krymchaks ^T	n.a.	3,000	1,559	—	-48.0
Croatians	n.a.	249	1,100	—	341.8
Dutch	n.a.	712	964	—	35.4
Izhor	781	748	829	-4.2	10.8
French	2,470	796	798	-67.8	0.3
Americans	n.a.	120	746	—	521.7
Austrians	n.a.	554	731	—	31.9
Japanese	n.a.	752	691	—	-8.1
British	n.a.	239	637	—	166.5
Others	152,562	21,187	49,498	—	133.6

M = Traditionally Muslim nationality or ethnic group; T = Turkic-speaking nationality or ethnic group; * The 1970 figure includes the Crimean Tatars. As a result, the percentage increase given for 1970-79 is lower than it would have been in reality; n.a. = Data not available.

SOURCES: *Itogi Vsesoyuznoi perepisi naseleniya 1970 goda*, Vol. IV, Moscow, 1973, pp. 9-11; *Natsional'nyi sostav naseleniya. Chast' II*, Moscow, "Informatsionno-izdatel'sky tsentr," 1989, pp. 3-5.

(RL 30/90, January 10, 1990)

Literaturangabe

- 1: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Perestrojka und Nationalitätenproblematik - Der Schock von Alma Ata und Moskaus gespanntes Verhältnis zu Mittelasien.
- 2: "The Alma Ata Events of 1986 reexamined", Bess Brown, in "RFE/RL Research Institute Report on the USSR"
- 3: Soviet Central Asia "A tragic experiment", Boris Z. Rumer, UNWIN, ISBN0-04-445146-6
- 4: "Sowjetischer Orient" von Klaus Pander, Du Mont Köln, ISBN 3-7701-1226-1
- 5: Persönliches Gespräch mit S.K. Nasretdinov, ständiger Vertreter des Ministerrats Tadschikistans beim Ministerrat der Sowjetunion in Moskau, 14.8.1990
- 6: "Inching towards Democratization in Turkmenistan", Charles Carlson, in RFE/RL
- 7: vgl. mit 3 und "Der Fischer Welt Almanach 91", Fischer Taschenbuchverlag, November 1990
- 8: The Soviet "Disunion", Anomie and Suicide, Elisabeth Teague, 23.11.1990, in RFE/RL
- 9: TASS, 20.6.1990
- 10: "Failure of Uzbek Authorities to Abate Unrest", James Critchlow, 16.3.1990, in RFE/RL
- 11: vgl. 1
- 12: TASS, 17.10.1990
- 13: siehe 12
- 14: "Inside the Uzbek Parliamentary Opposition: An Interview with Muhammad Salih", Annette Bohr, 16.11.1990, in RFE/RL
- 15: "Turkmenistan under Perestroika, an Overview", Annette Bohr, 23.3.1990, in RFE/RL
- 16: "Perestroika in Kasachstan", Martha Brill Olcott, 1.8.1990, in "Problems of Communism"

- 17: "Liberalization Reaches Kirgisia: Profile of the New President",
Bess Brown, 30.11.1990, in RFE/RL
- 18: siehe 3
- 19: "Uzbeks Looking to World Market", James Critchlow, 30.3.1990, in RFE/RL
- 20: TASS, 11.6.1990
- 21: TASS, 26.3.1990
- 22: "The Outlook for Economic Policy in 1991", John Tedstrom, 25.1.1991,
in RFE/RL
- 23: TASS, 23.5.1990
- 24: siehe 19
- 25: siehe 16
- 26: siehe 16
- 27: "Central Asia", Bess Brown, 29.12.1989, in RFE/RL
- 28: siehe 3
- 29: "Adilet - The Kazakh Chapter of "Memorial" Azade", Ayse Rorlich,
26.1.1990, in RFE/RL
- 30: siehe 29
- 31: "Interethnic Tensions, Unsolved Economic Problems in Kazakhstan",
Bess Brown, 4.1.1991, in RFE/RL
- 32: TASS, 29.9.1990
- 33: siehe 3
- 34: siehe 8
- 35: siehe 7
- 36: siehe 3
- 37: "Uzbeks Demand Halt to Russian In-Migration", James Critchlow, 2.3.1990
- 38: siehe 37
- 39: siehe 1
- 40: "Die Rote Mafia", Witali Witaljev, New York ECON Verlag 1990,
ISBN 3-430-19803-8
- 41: siehe 1
- 42: Persönliches Gespräch mit Ja. A. Ostrovskij, stellvertretender Chef der
Völkerrechtsabteilung des sowjetischen Ausenministeriums, 15.2.1990

- 43: siehe 40
- 44: "Soviet Food Shortages: Chaos Rather than Famine", Philip Hanson, 21.12.1990, in RFE/RL
- 45: siehe 1
- 46: siehe 1
- 47: siehe 3
- 48: siehe 17
- 49: "Political Stagnation Gives Way to Democratic Impulses", Charles Carlson, 4.1.1991, in RFE/RL
- 50: TASS, 8.6.1990
- 51: siehe 49
- 52: "Liberalization Reaches Kirgisia: Profile of the New President", Bess Brown, 30.11.1990
- 53: TASS, 4.11.1990
- 54: siehe 3
- 55: Persönliches Gespräch mit G.A. Abaev, ständiger Vertreter des Ministerrates Turkmenistans beim Ministerrat der Union, 13.8.1990
- 56: siehe 15
- 57: siehe dazu ausführlicher in "Eine Weltmacht zerbricht, Nationalitäten und Religionen der UdSSR", Erhard Stölting, Eichborn Verlag 1990, ISBN 3-8218-1132-3
- 58: TASS, 15.6.1990
- 59: "Tajik Scholar Describes a Source of Ethnic Discontent", James Critchlow, 23.3.1990, in RFE/RL
- 60: siehe 3
- 61: siehe 57
- 62: RFE/RL, 4.1.1991
- 63: siehe 62
- 64: siehe 57
- 65: siehe 62
- 66: Genauere Zahlen sind schwer auszumachen. Bei der vorliegenden Schätzung handelt es sich um Angaben aus 14.

- 67: Tagesanzeiger, 19.12.1990
- 68: siehe 62
- 69: siehe 67
- 70: siehe 17
- 71: siehe 5
- 72: "Interethnic Tensions, Unsolved Economic Problems", Bess Brown, 4.1.1991, in RFE/RL
- 73: siehe 67
- 74: siehe 57
- 75: TASS, 16.9.1990
- 76: siehe 57
- 77: Persönliches Gespräch mit O.K. Atabaev, ständiger Vertreter des Ministerrates Kirgisiens beim Ministerrat der Union
- 78: NZZ, 27.2.1990
- 79: "Tajiks Reemphasize Iranian Heritage as Ethnic Pressure Mounts in Central Asia", Eden Naby, 16.2.1990
- 80: siehe 57
- 81: TASS, 21.8.1990, 2.9.1990, 30.10.1990
- 82: "Central Asia", Bess Brown, 29.12.1989, in RFE/RL
- 83: "Uzbek Army Recruits Believed Murdered to Avenge Fergana Killings", James Critchlow, 3.11.1990, in RFE/RL
- 84: "Mothers against the Draft: Women's Activism in the USSR", Rosamund Shreeves, 21.9.1990, in RFE/RL
- 85: siehe 83
- 86: TASS, 26.6.1990
- 87: siehe 83
- 88: siehe 3
- 89: siehe 84
- 90: siehe 77

- 91: "Distorting the Image of Ethnic Unrest", Suzanne Crow, 30.3.1990, in RFE/RL
- 92: TASS, 27.1.1990, siehe auch "Unrest in Tajikistan", Bess Brown, 23.2.1990, in RFE/RL
- 93: TASS, 13.2.1990, 14.2.1990, 15.2.1990, 16.2.1990, 17.2.1990, 19.2.1990, 20.2.1990
- 94: siehe 92
- 95: RFE/RL
- 96: siehe 92
- 97: siehe 91
- 98: siehe 77
- 99: TASS, 8.6.1990
- 100: siehe 99
- 101: TASS, 24.5.1990
- 102: siehe 91
- 103: "Soviet Muslims Divided on Gulf War", George Stein, 22.2.91, in RFE/RL
- 104: "Ethnic Muslims Account for Half of the Soviet Population Increase", Anne Sheely, 19.1.91, in RFE/RL
- 105: "Religion and Nationalism in Central Asia", Bess Brown, 20.7.90, in RFE/RL
- 106: "Islam in Public Life: Can this be "Sovjet Uzbekistan?", James Critchlow, 16.3.90, in RFE/RL
- 107: "The Mufti on Television", Paul Goble, 4.5.90, in RFE/RL